

# PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim  
Buchhandel, bei der Post und

Berlin, den 10. August 1912.

direkt beim Verlage  
für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Bibliothek  
der

Krupp. Königsberger Handelshochschule.

Seit dem Jahre 1901 gilt das Kruppische Vermögen als das größte in Deutschland. Im Beginn jenes Jahres war Wilhelm Karl von Rothschild, der letzte Chef des Frankfurter Zweighauses der Familie Rothschild, gestorben, und die vielen Rothschild'schen Millionen deutscher Herkunft wurden unter die Erben aufgeteilt. Ein Jahr später starb Friedrich Alfred Krupp, der im Jahr vorher sein Vermögen mit etwa 187 Millionen Mark eingeschätzt hatte. 160 Millionen davon, repräsentiert durch das Nominalkapital der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp, erbt seine Tochter Bertha, die sich vier Jahre nach dem Tode des Vaters dem Legationsrat Gustav von Bohlen und Halbach vermählte. Seit seiner Verheiratung führt der glückliche Gatte den Namen Krupp von Bohlen und Halbach und repräsentiert die Leitung der Krupp'schen Fabrikstadt bei dem Jahrhundertefeste, das sich in Essen, der Stadt, die seit Jahrhunderten Mitglieder der Familie Krupp beherbergt und die heute von der jetzt weltumspannenden Fabrik abhängig ist, abspielt.

Es sind im Deutschland des leicht geschürten Enthusiasmus Reden und Zeitungartikel schon an viel belanglosere Gelegenheiten verschwendet worden. Die Tatsache ist schon des Feierns wert, daß eine Fabrik, die deutschen Namen und deutschen Gewerbesleiß durch die ganze Welt verbreitet hat, in hundert Jahren von 70 Arbeitern auf 70000 Arbeiter und Angestellte stieg. Vom kleinen Häuschen, in dem Friedrich Krupp am Schlusse seiner Lebensstages zusammengebrochen und entmutigt Zuflucht suchte, zur

Villa auf dem Hügel, deren Gutsbezirk von über 60 zusammengekauften Bauernwirtschaften gebildet wird, und von der kleinen Gußstahlanlage Friedrichs und seines großen Sohnes Alfred bis zu der Industriestadt, aus der ungezählte Schloten dampfen und Essen glühen, ist ein weiter Weg, an dessen Ende es sich wohl lohnt, Umschau zu halten. Die Krupp'sche Gesellschaft hat eine umfangreiche Festschrift veröffentlicht. Aus dieser Festschrift sind zu hunderten in Zeitungen Artikel erschienen und in mehr oder minder geschickter Aufmachung lasen wir in chronologischer Folge, wie Stein zu Stein sich fügte, bis der heutige Bau stand. Das ist die Rückschau der Wanderer selbst. Wir aber, die wir unbeteiligt an der Schaffung jenes Werkes gewesen sind, haben andere Interessen bei der Rückschau. Wir wollen allgemeine Erkenntnisse gewinnen und in kritischer Betrachtung uns die Gesetze erschließen, nach denen die großen Vermögen erworben werden.

Amerikanische Millionäre verhökern neuerdings Rezepte in Buchform, die genau erzählen, wie man es machen muß, um Milliarden zu gewinnen. In dem Bloek'schen Lehrbuch, dem die meisten von uns ihre geringen französischen Sprachkenntnisse, dafür aber um so größere Lebensweisheit verdanken, befindet sich die schöne Geschichte vom französischen Bankier Lafitte, der den Grund zu seinem Reichtum dadurch legte, daß er — Zündhölzchen und Stahlfedern nicht am Boden liegen ließ. (Man sollte annehmen, daß sich in solcher Handlungsweise

eher ein Stummelsammler als ein zukünftiger Bankier offenbart.) Die amerikanischen Millionäre geben aber viel ausführlichere Lebensregeln, die sich etwa folgendermaßen zusammenfassen lassen: „Komme nicht als Sohn reicher Eltern zur Welt. Fange als Camelot, Liftboy oder Schuhputzer deine gewerbliche Tätigkeit an. Spare einen Teil deines Verdienstes, lege ihn in vorteilhaften Geschäften an, fasse alle Gelegenheiten beim Schopfe, spekuliere richtig an der Börse und wenn du Millionen hast, dann sorgen die Zinsen schon dafür, daß es mehr werden.“ Die reichen Leute früherer Zeiten sind sich und der Welt immer besonders tüchtig vorgekommen, die Millionäre des neuzeitlich demokratischen Amerikas bemühen sich dagegen, der Welt zu erklären, daß das, was sie gekonnt haben, eigentlich jeder kann. Weder das eine noch das andere ist richtig. Der große geschäftliche Erfolg wird weder lediglich aus der Tüchtigkeit noch aus der Betätigung eines Durchschnittsmenschentums geschaffen, sondern Glück und Zufall sind die wichtigsten Faktoren. Kaum etwas ist dafür charakteristischer als die Geschichte des Hauses Krupp. Friedrich Krupp war zweifellos ein außerordentlich tüchtiger Mann, und brachte es zu gar nichts. Und doch spielte schon bei ihm der Zufall eine große Rolle, indem nur durch Zufall Nicolai, der ein Stahlgußverfahren besaß, ihm über den Weg lief. Nicolai suchte einen Sozius zur Ausbeutung des Verfahrens, auf das unter der Bedingung fabrikmäßiger Erzeugung der preussische Staat einen Vorschuß von 4000 Taler gewährt hatte und Friedrich Krupp besaß eine Gußstahlfabrik ohne ein geeignetes Verfahren, da ihn vier Jahre vorher die Brüder Rechel von Rechlau mit ihrem angeblichen Wissen des Stahlgießens genarrt hatten. Sein Sohn Alfred baute auf dieser Grundlage weiter. Aber die Ausgestaltung der Kruppschen Fabriken war unbeschadet aller Tüchtigkeit des Unternehmers doch wieder wesentlich auf den Zufall gestellt, Alfred Krupp fabrizierte Werkzeugstahl, Radreifen und alles ähnliche mehr. Aber seine heimliche Liebe gehörte der Fabrikation von Gewehrläufen und Kanonenrohren. Und gerade diesen Lieblingsfabrikationszweig war er der vielen Mißerfolge wegen bereit aufzugeben, als schließlich eine Bestellung von 300 Kanonenläufen seitens der preussischen Regierung seinen Mut wieder hob und ihm die Fortsetzung seiner Versuche ermöglichte. Die Leute um Krupp berufen sich gern darauf, daß mehr als die Hälfte der in ihrem Riesenunternehmen hergestellten Waren Friedensartikel seien. Aber ich glaube, daß diese Einteilung der Menge der Teilung der Gewinne nicht entspricht. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß der Monopolwert der Waffenherstellung sich in prozentual viel höheren Gewinnziffern äußert. Man darf wohl die Behauptung

aussprechen, daß als simpler Stahlgußfabrikant Alfred Krupp wohl zu stattlichem Vermögen hätte kommen, aber niemals seinem Sohn ein Vermögen hätte hinterlassen können, das dessen Tochter zur bei weitem größten Erbin Deutschlands machte. Dazu mußte Krupp Kanonen, Gewehrläufe und Panzerplatten fabrizieren. Weder in Friedrich noch in Alfred Krupp glühte der Funke erfinderischen Genies. Alfreds Stärke lag in der Organisation und in der überaus geschickten Verwendung eigener und fremder Einfälle. Ganz anders wie bei den Brüdern Siemens, die geniale Erfinder, aber unkapitalistische Handwerker waren, ging bei Krupps der Weg sofort ins Große, Kapitalistische, Kaufmännische. Viel zu schnell. Während bei Siemens (der Vergleich liegt so nahe, gerade weil Siemens ohne Monopolstellung gearbeitet und es deshalb nicht zu so großem Vermögen gebracht haben) ganz langsam der Betrieb sich im Maße der eigenen Ersparnisse weitete, hastete bei Krupp die Erweiterung der inneren Konsolidierung voraus. Alfred, der von der Großmutter Amalie Ascherfeld — um ein Goethesches Wort zu variieren — die Lust zu spekulieren geerbt hatte, sah sich während der Gründerkrise der 70iger Jahre gezwungen, den Kaiser Wilhelm um Hilfe anzugehen. Es ist bekannt, daß der Kaiser sehr ungern Hilfe gewährte. Seiner Finanzkünsten fremden Soldatennatur war Alfred Krupp durch das Eingeständnis seiner prekären Situation als Schuldenmacher erschienen. Die im Jahre 1874 mit Unterstützung der Seehandlung geschaffenen 5%igen Kruppobligationen waren übrigens die ersten Partialobligationen einer privaten, nicht in Aktienform existierenden Firma in Deutschland. Welch anderen Weg hätte die Kruppsche Vermögensbildung genommen, wenn die Männer der Seehandlung von 1874 dem König den Vorschlag gemacht hätten, sich für die Hülfeleistung Gewinnanteil für den Staat oder Gewähr für spätere Uebernahme in den Staatsbetrieb geben zu lassen. Wieder ein Zufall! Denn wenn damals nicht die mancherlei Lehren auch unter den Seehandlungsgrößen noch konkurrenzlos anerkannt worden wäre, es wäre vielleicht manches anders gekommen. Allerdings der preussische Staat oder das Deutsche Reich hätten nicht Kanonen für fremde Länder und Panzerplatten für fremde Marinen liefern können. Aber Krupp hätte noch genug vereinnahmt, wenn er das fremde Geschäft behalten haben würde, und das Reich hätte noch genug verdient, wenn es nur den Eigenbedarf in Staatsfabriken hätte herstellen können.

So ist Krupp durch Zufall, Tüchtigkeit und Kapitalgünst zu dem geworden, was es heute ist, und der Unbeteiligte sieht mit einem heiteren und einem nassen Auge auf das großkapitalistische Gebilde, das dem deutschen Namen zum Ruhme, dem deutschen Steuerzahler zum Unbehagen ge-

reicht. Freilich stehen gegenüber dem Debet-saldo in unserer Gefühlsbilanz auch starke Kreditwerte: 70 000 Arbeitern in Gestalt anerkannter ausständiger Löhne Brot zu gewähren, bedeutet eine stark aktive Beteiligung an der Lösung des deutschen Volksernährungsproblems. Und die Gemeinde Essen kann bezeugen, was es bedeutet, Krupps zu Steuerzahlern und eine Fabrik vom Range der Kruppschen in den Mauern zu haben. Um Essen herum liegen die Arbeiterkolonien der Kruppschen Fabriken mit Tausenden von Häusern und Zehntausenden von Insassen. Und nichts wird in diesen Tagen so laut und so stark gelobt werden, als die Kruppsche Arbeiterfürsorge. Aber gerade sie will dem kritischen Betrachter durchaus nicht als so einwandfrei erscheinen, wie denen, die jede Tat preisen, weil und nur weil es eine Tat ist.

Eine Tat freilich ist zweifellos die Kruppsche Arbeiterfürsorge. In bezug auf die Motive dieser Tat muß man drei Generationen unterscheiden: Alfred Krupp fühlte sich mit seinen Arbeitern eins. Er leitete sie, er befahl ihnen, aber er sorgte für sie, wie er ja auch sein letztes Silber verkaufte, um die Löhne seines Arbeiterstammes, den er nicht entlassen wollte, zu bezahlen. Alfred Krupp schuf Pensionsklassen und schuf Arbeiterheime, weil er eine Verpflichtung in sich fühlte, denen zu helfen, deren Mitarbeit allein ihn befähigte, seine Pläne auszuführen. Es war selbstverständlich, daß er als Führer mehr verdiente, daß der Arbeiter ihm als Führer gehorchte, aber die Sorge für das Wohl derer, die sich nicht selbst helfen können, betrachtete er als selbstverständliche Pflicht. Dann kam Friedrich Alfred. Ein Mann von Fähigkeiten, ein Mann von Geschmack und künstlerischer Bildung und ein Mensch gutmütigen Herzens. Dazu ein Kronprinz, der vom Vater Tradition, auch im Wohltun, geerbt hatte. Er gab nicht mehr wegen des inneren Zusammenhanges mit seinen Arbeitern, die ihm bereits fremd waren, er gab aus ererbtem Herzensbedürfnis. Die Geschäftsleitung ruhte unter ihm zum Teil bereits in den Händen Fremder. Die bestärkten ihn in seinen patriarchalischen Instinkten. Rein aus Berechnung: Arbeiterwohnungen mußte man haben, denn ohne sie bekam man keine Arbeiter. Die Kontrakte der Arbeiterwohnungen sicherten gegen Streik, die Vorteile der Pensionsklassen ebenfalls, und die Aussicht auf Gratis-Altersheime spornte zur Pflichterfüllung bis zur Invalidität an. Dann starb Friedrich Alfred. Und nun kamen lauter Fremde. Die neu gegründete Aktiengesellschaft erhielt eine Direktion und einen Aufsichtsrat. Aus den technischen Büros und von den Banken wurden Mitglieder der Verwaltungskörper bestellt, Frau Bertha Krupp gab unverändert, wie Vater und Großvater es getan, die Leiter der Unternehmungen aber, und wohl auch der neue Ge-

bieter, Gustav von Bohlen, betrachteten die Arbeiterfürsorge lediglich als ein Instrument des Vorteils für die Vermögenden, die sie zu verwalteten hatten.

Ich will hier durchaus nicht in Zweifel ziehen, daß die Arbeiter der Kruppschen Werke durch all die Vorteile, die ihnen geboten werden, es nicht letzten Endes erheblich besser haben, als die Arbeiter auf vielen anderen Werken. Es ist viel wert, in behaglicheren Häusern zu leben, wichtige Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens billiger geliefert zu erhalten, Aussicht auf reichliche Invaliden- und Alterspension, auf Beihilfe für die Ehefrau als Wöchnerin rechnen zu können usw. usw. Aber es geht nicht an, derartige Wohlfahrteinrichtungen anders denn als selbstverständliche Geschäftsunkosten zu betrachten. Sie machen sich bezahlt, und sie werden nur aufgewandt in dem Bewußtsein, daß sie sich bezahlt machen. Unwillkürlich wird der Arbeiter, der beim Lösen des Arbeitsverhältnisses die Wohnung los wird, der womöglich den eingezahlten Anteil an der Pensionskasse verliert, sich vor Versehrungen im Dienst, die ihm die Kündigung eintragen können, hüten. Das zu bewirken, dadurch seine Arbeiter zu erziehen, das ist das gute Recht des Arbeitgebers und durch solche Erziehungsarbeit verpflichtet er sich sogar die Allgemeinheit. Aber solche Sozialpolitik kann auch sehr anders wirken. Verliert der Arbeiter seine Anrechte auch, wenn ihm aus anderen Gründen gekündigt wird, weiß er z. B., daß gewerkschaftliche Betätigung, daß Bestrebung auf Lohnverbesserung über das hinaus, was das Werk freiwillig gibt, zu seiner Entlassung führen kann, so stärkt das nicht den Charakter, sondern schwächt ihn, zerbricht jede freie politische und kulturelle Betätigung und hält künstlich patriarchalische Zustände aufrecht, während die Welt ringsherum bereits dem Patriarchentum entwachsen ist. Alfred Krupp konnte „seinen“ Arbeitern Vorschriften machen, denn er war überzeugt, daß er für sie sorgen mußte, weil sie für ihn gearbeitet hatten. War sein Patriarchentum schließlich auch nicht mehr zeitgemäß, es war doch echt und kam von Herzen. Seine Nachfolger im Regiment sorgen aber für ihre Arbeiter nicht mehr aus Dankbarkeit für ihre Leistungen, als Quittung dafür, daß sie für sie gearbeitet haben, sondern sie sorgen einfach aus dem Motiv, daß ohne solche Fürsorge die Arbeiter nicht für sie arbeiten würden. Gegen Fürsorge aus solchen Motiven darf kein Verzicht auf eigenen Charakter verlangt werden. Die moderne Arbeiterfürsorge muß aufgebaut sein auf der unbedingten Gleichberechtigung der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung der von ihnen angesammelten Fonds, auf Rechtsanspruch statt Almosen und auf unbedingter Liberalität in dem Gewährenlassen außerhalb der Arbeitsstunden.

# Neugründungen und Kapitalserhöhungen.

Von Richard Calwer-Berlin.

Juli 1912.

Die gewerbliche Unternehmungslust hat im Juli 1912 sowohl gegen den Vormonat als auch gegen den Vergleichsmonat 1911 eine Abschwächung erfahren. Die Summe der Neuinvestierungen belief sich auf 110,48 Mill. *M.* und blieb somit um 28,21 Mill. *M.* unter dem Niveau des vorangegangenen Monats. Für Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. zusammen ergaben sich folgende Summen des neuinvestierten Kapitals in Mark:

	1909	1910	1911	1912
Jan. . . . .	98599586	75726000	89263600	140260200
Febr. . . . .	76493550	89810700	102566000	166076172
März . . . . .	122664200	118130100	132730900	124258300
April . . . . .	94980900	115404345	150550200	133980500
Mai . . . . .	109236600	116080886	106147800	116775400
Juni . . . . .	87360000	93039345	88830300	138689875
Juli . . . . .	131718900	63372800	119754350	110477550
August . . . . .	65391000	79238600	80946100	—
Sept. . . . .	51739200	98243100	51850600	—

	1909	1910	1911	1912
Oktob. . . . .	61688800	139532415	93726600	—
Nov. . . . .	114992750	149119600	99969600	—
Dez. . . . .	119127800	102364300	77798700	—
Jan.-Dz.	1133993286	1240062191	1194134750	—

In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres wurden für Neugründungen und Kapitalserhöhungen zusammen 930,52 Mill. *M.* aufgewendet. In der vorjährigen Vergleichsperiode stellte sich die Summe der Neuinvestierungen auf 789,84 Mill. *M.* Der in den Monaten Januar bis Juli des Hochkonjunkturjahres für Neuanlagen in den Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. aufgewendete Kapitalbetrag belief sich auf 879,98 Mill. *M.* Die Neugründungen und Kapitalserhöhungen verteilten sich, nach Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. getrennt, auf die einzelnen Gruppen wie folgt:

	Neugründungen				Kapitalserhöhungen			
	Zahl der Gesellschaften	Kapitalsumme in 1000 <i>M.</i>			Zahl der Gesellschaften	Kapitalsumme in 1000 <i>M.</i>		
	Juli 1912	Vormonat	Vorjahr	Juli 1912	Vormonat	Vorjahr		
<b>I. Aktiengesellschaften.</b>								
Landwirtschaft . . . . .	—	—	4 000	—	—	—	—	
Bergbau, Hütten und Salinen . . . . .	—	—	9 855	2	32 445	14 441	1 305	
Steine und Erden . . . . .	—	—	1 000	1	254	800	—	
Metalle und Maschinen . . . . .	4	2 488	2 145	10	4 560	8 250	12 800	
Elektrotechnische Erzeugnisse . . . . .	—	—	750	1	1 000	—	—	
Elektrizität- und Gasgesellschaften . . . . .	2	230	9 200	1	2 500	27 850	—	
Fette, Öle usw. . . . .	—	—	—	—	—	—	—	
Chemische Industrie . . . . .	1	1 000	—	1	1 000	3 000	1 000	
Textilgewerbe . . . . .	2	1 350	—	1	400	136	2 300	
Papiergewerbe . . . . .	—	—	1 200	—	—	2 000	—	
Ledergewerbe . . . . .	2	3 500	—	—	—	3 210	1 000	
Holz- und Schnitzstoffgewerbe . . . . .	—	—	400	—	—	—	600	
Nahrung- und Genussmittelgewerbe . . . . .	2	2 200	500	4	3 343	1 535	420	
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe . . . . .	—	—	1 000	—	—	—	—	
Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe . . . . .	1	6	—	—	—	—	75	
Graphische Gewerbe . . . . .	1	6	—	—	—	350	400	
Baugewerbe . . . . .	—	—	300	—	—	238	350	
Banken . . . . .	4	2 005	1 000	5	10 500	11 700	5 000	
Handel außer Banken . . . . .	—	—	—	1	400	3 000	650	
Syndikate, Verkaufsvereinigungen usw. . . . .	—	—	—	—	—	—	—	
Verkehr . . . . .	—	—	2 758	1	504	2 972	2 500	
Sonstige Gesellschaften . . . . .	1	50	—	1	43	380	500	
	20	12 835	28 508	41 925	29	57 009	79 862	28 900
<b>II. Gesellschaften mit beschränkter Haftung.</b>								
Landwirtschaft . . . . .	4	1 480	80	156	—	—	225	—
Bergbau, Hütten und Salinen . . . . .	3	544	119	571	—	—	—	302
Steine und Erden . . . . .	22	1 861	1 447	2 820	2	131	86	132
Metalle und Maschinen . . . . .	46	4 925	4 816	4 343	11	450	714	917
Elektrotechnische Erzeugnisse . . . . .	6	550	685	346	—	—	60	—
Elektrizität- und Gasgesellschaften . . . . .	5	516	254	1 200	1	1	—	280
Fette, Öle usw. . . . .	5	243	188	130	—	—	—	—
Chemische Industrie . . . . .	21	2 537	6 104	3 335	3	105	10	1 000
Textilgewerbe . . . . .	7	1 695	630	1 405	1	160	225	140
Papiergewerbe . . . . .	5	162	120	520	—	—	—	—
Ledergewerbe . . . . .	4	231	205	140	—	—	—	—
Holz- und Schnitzstoffgewerbe . . . . .	7	270	380	797	1	10	20	—
Nahrung- und Genussmittelgewerbe . . . . .	23	3 637	2 048	4 127	7	384	72	326
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe . . . . .	3	190	251	221	—	—	40	—
Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe . . . . .	11	1 076	401	548	1	4	—	20
Graphische Gewerbe . . . . .	20	1 392	619	1 291	3	121	704	479
Baugewerbe . . . . .	48	1 839	3 055	1 426	6	6 706	15	695
Banken . . . . .	3	123	80	370	—	—	—	80
Handel außer Banken . . . . .	53	3 378	3 335	8 183	10	1 069	110	4 772
Syndikate, Verkaufsvereinigungen usw. . . . .	3	226	48	83	—	—	—	—
Verkehr . . . . .	16	1 678	443	1 115	1	300	—	—
Sonstige Gesellschaften . . . . .	44	2 098	2 203	5 105	15	542	528	1 552
	359	30 651	27 511	38 232	62	9 983	2 809	10 697

Das gesamte in Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. neuinvestierte Kapital erreichte in den verschiedenen Gruppen folgende Höhe:

	Neu investiertes Kapital i. Juli 1912	Bormonat	Vorjahr
	in 1000 M	in 1000 M	in 1000 M
Landwirtschaft . . . . .	1 480	305	4 156
Bergbau, Hütten u. Salin.	32 989	24 415	2 178
Steine und Erden . . . . .	2 246	3 333	9 052
Metalle und Maschinen . . . . .	12 423	15 925	21 312
Elektrotechn. Erzeugnisse . . . . .	1 550	1 495	346
Elektrizität- u. Gasgesellsch.	3 247	37 304	3 980
Fette, Öle, Leuchtstoffe . . . . .	243	188	130
Chemische Industrie . . . . .	4 642	9 114	19 835
Textilgewerbe . . . . .	3 605	991	6 845
Papiergewerbe . . . . .	162	2 120	1 720
Lebergewerbe . . . . .	3 731	3 415	1 140
Holz- u. Schnitzstoffgew.	280	400	1 797
Nahr- u. Genußmittelgew.	9 564	4 155	5 198
Bekleid- u. Reinigungsgew.	190	1 291	221
Beherb- u. Erquickungsgew.	1 086	401	643
Graphische Gewerbe . . . . .	1 519	1 673	2 170
Baugewerbe . . . . .	8 543	3 608	5 026
Banken . . . . .	12 628	12 780	6 950
Handel außer Banken . . . . .	5 073	6 493	15 788
Verkehr . . . . .	2 542	6 173	3 615
Sonstige Gesellschaften . . . . .	2 732	3 111	7 652
	110 477	138 690	119 754

Das Abflauen der Unternehmungslust bekundete sich in einem starken Nachlassen der Neugründungen, während der Kapitalbedarf der bestehenden Gesellschaften sich fast durchweg auf der vorjährigen Höhe hielt und z. T. noch erheblich darüber hinausging. Für Neugründungen von Aktiengesellschaften wurden im Berichtsmonat dem Geldmarkte 12,83 Mill. M. entnommen. Im Juli 1911 wurden für den gleichen Zweck 41,92 Mill. M. aufgewendet. Wenig Neigung zur Gründung neuer Aktienunternehmungen zeigte sich in der Industrie der Steine und Erden, im Baugewerbe, Textilgewerbe, Handel, in der Landwirtschaft sowie in der chemischen Industrie; sämtliche genannten Gewerbezeige hatten im vorjährigen Parallelmonat umfangreichere Neugründungen aufzuweisen. Eine bemerkenswerte Zunahme der Unternehmungslust ist im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe eingetreten.

Die Kapitalserhöhungen der bestehenden Aktiengesellschaften gingen weit über das Maß des Vorjahres hinaus, obwohl sie nicht den Umfang erreichten wie im vorangegangenen Monat. Es haben im Juli 1912 insgesamt 29 Aktiengesellschaften ihr Nominalkapital um 57,01 Mill. M. erhöht. Im entsprechenden Monat des Vorjahres wurden für Kapitalserweiterungen von den Aktiengesellschaften 28,90 Mill. M. angefordert. Der größte Teil der diesjährigen Kapitalserhöhungen, nämlich 32,44 Mill. M., entfällt auf zwei Montangesellschaften. Im Vorjahre wurden nur 1,30 Mill. M. beansprucht. Bei den Banken ist die Summe der Kapitalserhöhungen von 5 Mill. M. auf 10,50 Mill. M. gestiegen. Bei den Verkehrsgesellschaften er-

gab sich ein Rückgang von 2,50 auf 0,56 Mill. M. In der Metall- und Maschinenindustrie waren zehn Neugründungen mit 4,56 Mill. M. Kapital zu verzeichnen. Im Juli 1911 belief sich die entsprechende Summe auf 12,80 Mill. M. Eine wesentliche Zunahme des Kapitalbedarfs zeigt sich im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sowie bei den Elektrizitäts- und Gasgesellschaften.

Die Zahl der Neugründungen von Gesellschaften m. b. H. betrug 359. Diese repräsentieren ein Stammkapital von zusammen 30,65 Mill. Mark. Im Parallelmonat des Vorjahres wurden für Neugründungen 38,23 Mill. M. aufgewendet. Die Gruppe Handel außer Banken, die im Vorjahre 8,18 Mill. M. für Errichtung neuer Gesellschaften m. b. H. anforderte, weist diesmal nur 53 Neugründungen mit 3,38 Mill. M. Einlagekapital auf. In den meisten anderen Gruppen waren die Schwankungen nicht sehr bedeutend. Hervorgehoben sei noch der Rückgang der Neugründungen von 3,33 Mill. Mark auf 2,54 Mill. M. in der chemischen Industrie und von 2,82 Mill. M. auf 1,86 Mill. M. in der Industrie der Steine und Erden. In der Metall- und Maschinenindustrie ergab sich eine Steigerung von 4,34 Mill. M. auf 4,92 Mill. M. Für Kapitalserhöhungen wurden von 62 Gesellschaften m. b. H. 9,98 Mill. M. angefordert gegen 10,70 Mill. M. im Vorjahre. Im Baugewerbe erhöhte sich die Summe der Kapitalserweiterungen von 0,69 Mill. M. auf 6,71 Mill. M. In der Gruppe Handel außer Banken ergab sich ein Rückgang von 4,77 Mill. M. auf 1,07 Mill. M. Die Gesamtsumme des neuinvestierten Kapitals ist in acht Gewerbegruppen gestiegen, während in zwölf Gruppen eine Senkung eintrat. Den höchsten Gesamtbetrag weist die Montanindustrie mit 32,99 Mill. M. gegen 2,18 Mill. Mark im Vorjahre auf. Im Bankgewerbe wurden 12,63 Mill. M. für Neugründungen und Kapitalserhöhungen aufgewendet gegen 6,95 Mill. M. im Juli 1911. In der Metall- und Maschinenindustrie ist die Summe der Neuinvestierungen von 21,31 Mill. M. auf 12,42 Mill. M. zurückgegangen. In der chemischen Industrie zeigt sich eine Abschwächung von 19,83 Mill. M. auf 4,64 Mill. M. Eine besonders bemerkenswerte Zunahme der Unternehmungslust weisen die Gruppen Lebergewerbe, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und Baugewerbe auf.

Von den im Berichtsmonat im Handelsregister vermerkten Neugründungen sind 99 auf Umwandlungen zurückzuführen. Das gesamte Nominalkapital der so entstandenen Gesellschaften betrug 21,13 Mill. M. Hier von entfallen auf 7 Aktiengesellschaften 7,59 Mill. M. und auf 92 Gesellschaften m. b. H. 13,54 Mill. M. Herabsetzungen des Nominalkapitals wurden nur bei 4 Gesellschaften vorgenommen. 3 Aktiengesellschaften verminderten ihr Grundkapital von 11,80 Mill. M. auf 7,77 Mill. M., und eine Gesellschaft m. b. H. setzte ihr Stammkapital von 0,26 Mill. M. auf 0,13 Mill. M. herab.

# Warum rediskontiert die Reichsbank nicht?

In meinen beiden Artikeln „Reichsbank und Privatdiskont“ habe ich (Blutus 1912, S. 410 und 480 ff.) den Nachweis versucht, daß die verschiedenen Mittel, die die Reichsbank zur Anwendung bringen kann, um den Privatdiskont zu beeinflussen, unzulänglich sind gegenüber dem einen Mittel, das ihr zweifellos zu Gebote steht, obwohl es bisher von ihr nicht angewandt worden ist: Die Rediskontierung der Wechsel aus ihrem Portefeuille. Die Möglichkeit einer solchen Rediskontierung hatte Herr von Lumm in seinem bekannten und auch von mir gewürdigten Artikel im „Bankarchiv“ über die Diskontpolitik der Reichsbank noch vor dem Erscheinen meiner Aufsätze mit den Worten abgetan: „Die Rediskontierung von Wechseln erscheint aus naheliegenden Gründen nicht angängig.“ Ich hatte mir demgegenüber erlaubt zu sagen, daß ich die Gründe des Herrn von Lumm als durchaus nicht „naheliegend“ ansehen könne. Welche Gründe Herr von Lumm meinte, darüber war ich mir nicht einen Augenblick im Zweifel, denn ich konnte nur annehmen, daß diejenigen Gründe in Betracht gezogen werden sollten, die bisher gegen eine solche Rediskontierung ins Feld geführt worden waren. Da war zuerst eine Äußerung des Herrn Kommerzienrat Rinkel zu verzeichnen, die dieser — zweifellos nicht ganz ohne Beziehung zu den maßgebenden Faktoren der Reichsbank — in den Verhandlungen der Bankenquotekommission ins Treffen führte. Seine Äußerung hatte etwa den Inhalt, daß die Reichsbank „sich vor der ganzen Welt blamieren“ würde, wenn sie zur Regulierung des Privatdiskontes Wechsel rediskontieren wollte. In gleichem Sinne glaubte ich zwei Abschnitte aus der Jubiläumsschrift der Reichsbank kommentieren zu dürfen. In dieser Jubiläumsschrift heißt es auf Seite 19:

„Die Reichsbank ist der letzte Rückhalt des inneren deutschen Geldverkehrs. Sie befriedigt jede Steigerung des an sie herantretenden Geldbedarfes aus eigenen Mitteln durch eine Vermehrung ihrer Notenausgabe, auch wenn diese das steuerfreie Kontingent weit überschreitet, während sie auf der anderen Seite durch die Festsetzung ihres Diskontsatzes den Geldbegehrt reguliert und einer allzu starken Ausdehnung ihres Notenumlaufes entgegenwirkt. Sie lehnt sich weder an andere Banken an, noch rediskontiert sie Wechsel — wie die Privatnotenbanken —, um auf diese Weise ihre Anlage zu vermindern und ihre Betriebsmittel durch Inanspruchnahme Dritter zu verstärken.“ Und auf Seite 76 der Jubiläumsschrift fand ich die folgende Bemerkung:

„Von dem ihr durch das Bankgesetz (§ 13) verliehenen Recht zur Weiterveräußerung der erworbenen Wechselforderungen auf inländische Plätze hat die Reichsbank niemals

Gebrauch gemacht. Als Zentralnotenbank mit bedeutenden eigenen Mitteln und weitgehenden Befugnissen ausgestattet, ist sie die stärkste und letzte Kreditquelle des Landes. Sie kann nicht, wie andere Banken, eine höhere Kreditinstanz in Anspruch nehmen. . . .“ Und endlich heißt es auf Seite 132:

„Das Bankgesetz behandelt die als Zentralbank gedachte Reichsbank und die neben ihr fortbestehenden Privatnotenbanken formell auf gleichem Fuße . . . aber aus dieser formellen Gleichheit ist praktisch . . . eine große Ungleichheit geworden, und zwar auf Grund des Umstandes, daß die Reichsbank, welche als Zentralnotenbank die letzte Instanz des deutschen Geldverkehrs ist und bleiben wird, die von ihr diskontierten Wechsel niemals weiterbegibt.“ Ich dachte, diese Gründe seien klar und nahm sie deshalb als Angriffsobjekt, um zu dem Schluß zu kommen, daß es wohl als eine „Blamage“ der Reichsbank angesehen werden könne, wenn diese, um sich Geld zu machen, ihren Wechselbestand rediskontieren würde, daß man aber von einer Blamage in diesem Sinne keineswegs dann sprechen dürfe, wenn lediglich zum Zweck der Regulierung des Privatdiskontes die deutsche Reichsbank von einem ihr nach dem Bankgesetz zustehenden Rechte Gebrauch machte.

Nun aber muß ich zu meinem großen Erstaunen erfahren, daß ich mich in meinen Voraussetzungen geirrt habe; Herr von Lumm meinte tatsächlich gar nicht die von mir angefochtenen Gründe, sondern er hatte ganz andere in petto. Allerdings habe ich das nicht von ihm selbst erfahren, sondern von Herrn Dr. Walter Conrad, der in der neuesten Nummer des „Bankarchiv“ unter dem Titel „Von der Diskontpolitik zur Beherrschung des Geldmarktes“ eine Erwiderung gegen eine Polemik des Leipziger Nationalökonom Prof. Plenge veröffentlicht. Aus den Ausführungen des Herrn Dr. Conrad geht aber deutlich hervor, daß seine Argumente von Herrn Geheimrat von Lumm approbiert sind, und ich darf schon deshalb den Lesern des Blutus die Gründe, die Herr Dr. Conrad gegen die Rediskontierung von Wechseln ins Feld führen zu müssen glaubt, nicht vorenthalten.

\* \* \*

Bevor uns die „naheliegenden“ Gründe gegen die Rediskontierung aufgezählt werden, zieht Herr Dr. Conrad in Zweifel, ob die Reichsbank überhaupt genügendes Wechselmaterial für die Rediskontierung zur Verfügung habe. Er meint, man dürfe nicht übersehen, „daß die Reichsbank gerade dadurch, daß sie aus gutem Grunde durch die Ausgabe der Vorzugsätze (Privatdiskont) in ihrem eigenen Ankauf auf die Hereinnahme des für den Privatsatz geeigneten Diskontmaterials verzichtet, die Möglichkeit, später einmal den Markt durch Rediskontierungen in An-

pruch zu nehmen, zum mindesten außerordentlich beschränkt hat. Von den Banken werden börsegängige Wechsel natürlich überhaupt nicht zum Bankfuß bei der Reichsbank eingereicht, sondern zu niedrigeren Sätzen an der Börse und am offenen Markt verwertet. Der Reichsbank fließen sie erst kurz vor Verfall als „Ankaufwechsel“ zu. Es bleiben also nur die von Handel und Industrie bei der Reichsbank direkt eingereichten Wechsel, soweit sie sich nach ihrer Laufzeit und nach der Größe der Appoints für eine Umwandlung in Primadiskonten durch Hinzufügung des Reichsbankgiros eignen. Ob das Portefeuille der Reichsbank hinreichende Mengen solcher Kundenwechsel mit mindestens 56 tägiger Sicht und in Abschnitten von mindestens 5000 *M.* enthält, ist eine Frage, die keineswegs einfach bejaht werden kann.“

Ich glaube, daß Herr Dr. Conrad hier doch etwas zu schwarz sieht und zu wenig — ohne die Statistik der Reichsbank urteilt. Vor ganz kurzem erst hat die Reichsbank eine überaus fleißige, interessante und anzuerkennende Statistik unter dem Titel „Die Reichsbank 1876—1910 Organisations- und Geschäftsverkehr statistisch dargestellt“ herausgegeben. In diesem Heft, das sich teilweise als Fortsetzung der Subiläumschrift der Reichsbank charakterisiert, behandeln die Tabellen 47—64 „Ankauf und Einziehung von Wechseln und Schecks“. Prüfen wir an der Hand der dort veröffentlichten Statistiken einmal, wie es um Laufzeit und um Größe der im Besitz der Reichsbank befindlichen Wechselappoints bestellt ist. Zunächst die Größe. Da ist die folgende Tabelle lehrreich, die ich aus der Tabelle 50 des genannten Reichsbankheftes zusammengestellt habe.

Durchschn. Größe d. angef. Inlandswechsel	Angef. Inlandswechsel von 100 <i>M.</i> u. weniger Stück	Inlandswechsel in % d. ges. Stückzahl
1906	2023	638 745
1907	2203	663 763
1908	1877	691 806
1909	1927	694 661
1910	2071	696 052

Wenn man also berücksichtigt, daß 12—13 % aller Wechsel, die die Reichsbank auf das Inland ankauft, 100 *M.* und weniger betragen, und wenn die Durchschnittsgröße der Appoints zirka 2000 *M.* ist, wie die obige Tabelle aufweist, so kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß eine recht stattliche Anzahl von Wechseln von 5000 *M.* oder mehr im Portefeuille der Reichsbank sich befinden müssen. Das wird denn auch bestätigt durch die Tabelle 58 der Reichsbankpublikation. Dort wird nämlich das Ergebnis einer Zählung der Stückelung der angekauften Wechsel veröffentlicht. Danach wurden in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1907 z. B. fällig

Wechsel v. 3001.— bis 10 000.— <i>M.</i>	Stück	%
„ über 10 000.— <i>M.</i>	94 632	7,2
	47 482	3,6

Aus einer weiteren Aufstellung geht hervor, daß über die Hälfte aller von der Reichsbank angekauften Wechsel bis zu 500 *M.* groß ist. Schon daraus ergibt

sich ja ohne weiteres,\* wieviel hohe Appoints im Besitz der Reichsbank sein müssen. Aber bleiben wir nur bei unserer obigen Tabelle. Lassen wir vorläufig sogar einmal alle Wechsel unter 10 000 *M.* ganz außer Betracht, sondern halten wir daran fest, daß 47 482 Appoints auf je über 10 000 *M.* lauteten. Dies würde allein bereits die Summe von 474,82 Millionen Mark ergeben, wenn man jedes Appoint nur mit 10 000 *M.* annehmen wollte. Wir wollen weiter annehmen, daß nur 10 %, also rund 9000 Stück der Wechsel zwischen 3001 und 10 000 *M.* auf mehr als 5000 *M.* lauten sollen und wollen diese 9000 Stück überhaupt nur mit 5000 *M.* pro Stück veranschlagen, so hätten wir also — was die Höhe der Appoints anbetrifft — 520 Mill. *M.* Wechsel, die als Privatdiskonten begebbar wären. Man sollte meinen, daß diese Summe recht stattlich ist.

Bleibt noch übrig, uns wegen der Verfallzeit zu vergewissern. Als Privatdiskonten gelten Wechsel mit einer Laufzeit von mindestens 56 Tagen, also von rund zwei Monaten. Da scheint zunächst die Tabelle 50 den Bedenken des Herrn Dr. Conrad recht zu geben. Denn aus dieser Tabelle ergibt sich das folgende Bild.

Durchschnittliche Laufzeit der angekauften Inlandwechsel

1906	33 Tage
1907	32 „
1908	34 „
1909	30 „
1910	28 „

Aber die Tabelle 57 über die Liquidität des Wechselbestandes läßt uns erkennen, auf welchem Wege diese niedrigen Durchschnittsverfallziffern zustande gekommen sind. Ich entnehme der Tabelle 57 die nachfolgende Aufstellung:

Inlandswechsel wurden fällig (in % des Gesamtbestandes)

Durchschnitt des Jahres	Innerhalb 14 Tagen	Zu ferneren 14 Tagen	Zu ferneren 2 Monaten
1906	29,7	17,1	53,2
1907	29,6	17,0	53,4
1908	30,7	17,9	51,4
1909	32,4	17,0	50,6
1910	34,2	16,9	48,9

Aus dieser Aufstellung geht also hervor, daß im Jahre 1910 z. B. 48,9 % des Gesamtbestandes durchschnittlich eine zwei- bis dreimonatliche Laufzeit hatten. Da der durchschnittliche Wechselbestand des Jahres 1910 auf rund 854 Mill. *M.* angegeben wird, so würden also 418 Mill. *M.* eine genügende Laufzeit gehabt haben, um als Privatdiskonten weiter gegeben werden zu können. — Wir haben also errechnet: 520 Mill. privatdiskontfähige Wechsel in Ansehung der Durchschnittsgröße, 418 Mill. *M.* privatdiskontfähige Wechsel in bezug auf die Laufzeit. Wenn nun nicht etwa behauptet werden soll, daß alle Wechsel mit genügender Laufzeit gerade nicht die genügende Größe und alle Wechsel mit genügender Größe gerade nicht

die genügende Laufzeit haben, so wird man zugeben müssen, daß reichlich 200 bis 300 Mill. *M.* der Reichsbank für die Rediskontierung zur Verfügung standen. Das ist, wie mir scheint, denn doch eine Summe, die bei der Fixierung des Privatdiskontes gewaltig mitspricht. Es ist danach also auch wohl die Frage: Ob das Portefeuille der Reichsbank hinreichende Mengen von Kundenwechseln mit mindestens 56 tägiger Sicht und in Abschnitten von mindestens 5000 *M.* enthält, ohne weiteres zu bejahen.

\* \* \*

Wieso müssen nun diese Wechsel gehütet und warum dürfen sie nicht weiter diskontiert werden. Herr Dr. Conrad sagt darüber:

„Der Kaufmann oder der Industrielle, der bei der Reichsbank diskontiert, tut dies meist in der bestimmten Voraussetzung, daß die Wechsel bis zum Verfalltage in ihrem Portefeuille bleiben. Er muß schon aus Gründen der Konkurrenz Wert darauf legen, daß kein Dritter von seinen im Wechselverkehr zum Ausdruck kommenden geschäftlichen Verbindungen Kenntnis erhält. Würde er die Weiterbegebung seiner Wechsel durch die Reichsbank und damit die Möglichkeit befürchten müssen, daß die Wechsel vom Zeitpunkt ihrer Diskontierung bei der Reichsbank bis zu ihrem Verfalltage durch verschiedene Hände laufen, so würde er die Wechsel sicherlich nicht an die Reichsbank begeben. Das trifft insbesondere zu für die direkten Ziehungen auf seine Kunden, in noch höherem Grade aber für die langfristigen direkten Ziehungen auf seine Bank, die er unter Umständen anderweit billiger begeben könnte, und die er vielfach nur bei der Reichsbank diskontiert, um seine Kreditinanspruchnahme nicht bekannt werden zu lassen. Andererseits hat aber die Reichsbank selbst das größte Interesse daran, gerade solche Wechsel nicht weiter zu begeben, um den Banken keinen Einblick in ihre Geschäfte zu gewähren. Denn sie würde dadurch zweifellos noch mehr als es jetzt schon der Fall ist, aus ihrem direkten Verkehr mit Handel, Industrie und Gewerbe von den Banken hinausgedrängt werden, die darauf bedacht sein würden, die Kundschaft der Reichsbank durch verlockende Anerbietungen im Diskontgeschäft zu sich herüberzuziehen.“

Dann heißt es weiter in dem Conradschen Aufsatz:

„Diese Gründe gegen die Rediskontierung ihrer Wechsel werden auch nicht — wie Georg Bernhard im *Plutus* glaubt — dadurch entkräftet, daß die Reichsbank tatsächlich solche Rediskontierungen aus ihrem Devisenportefeuille vornimmt. Denn ganz abgesehen davon, daß die Rediskontierungen von Devisen nur die Ausnahme, die Abgabe von Schecks auf ihre Korrespondenten im Ausland die Regel bildet, beschränkt sich die Reichsbank auch bei der Rediskontierung von Devisen aus denselben Gründen auf solche Devisen, die sie am offenen Markte, nicht aber von ihrer Kundschaft angekauft hat. Auch Bern-

hard mißverstehet die Gründe, die die Reichsbank bisher von einer Rediskontierung ihrer Inlandswechsel abgehalten haben. Wenn tatsächlich, wie er annimmt, die Scheu vor der Eingehung von Giroverbindlichkeiten der einzige Beweggrund für die Reichsbankverwaltung wäre, von der Weiterbegebung ihrer Inlandswechsel abzustehen, dann ließe sich die Bernhardsche Argumentation hören. Das aber ist nicht der Fall. Bestimmend für das Verhalten unserer Notenbank im Punkte der Rediskontierungen dürfen die oben angedeuteten Gründe sein. Georg Bernhard wird ihnen als ein guter Kenner der praktischen Verhältnisse sicherlich nicht darum die Berechtigung absprechen, weil er selbst die „naheliegenden“ Gründe nicht richtig erkannt hat.“ Selbstverständlich würde es für mich schon an und für sich kein Grund sein, „naheliegende“ Gründe deshalb nicht anzuerkennen, weil ich sie nicht richtig erkannt habe. Um so weniger Veranlassung habe ich im vorliegenden Falle dazu. Denn es war für mich ganz unmöglich, die Gründe, die Herr von Lumm als „naheliegend“ bezeichnet hat, richtig zu erkennen. Ich glaube auch nicht, daß die übrigen Leser des Lummischen Aufsatzes im Bankarchiv diese Gründe richtig erkannt haben. Aber jedenfalls glaube ich nicht unbescheiden zu sein, wenn ich annehme, daß Herr von Lumm inzwischen aus der Tatsache, daß auch ich seine Gründe nicht erkannt und nicht gekannt habe, wohl inzwischen bereits ersehen haben wird, daß so „naheliegend“, wie er es bei der Abfassung der Artikel annahm, diese Gründe doch wohl nicht sind. Warum also sollte ich nicht noch nachträglich die Berechtigung von Gründen anerkennen, gegen die ich mich ja — einfach, weil ich sie nicht kannte — noch nach gar keiner Richtung festgelegt habe?

Aber nun kenne ich diese Gründe. Wenn ich auch sagen muß, daß sie durchaus der Erwägung und Beachtung wert sind, so kann ich sie andererseits doch keineswegs als ausschlaggebend ansehen.

\* \* \*

Nach der Conradschen (und wohl auch der Lummischen) Auffassung soll die Reichsbank nicht rediskontieren, um a) ihre Diskontkunden, b) sich selbst zu schützen.

Der Kunde soll vor seiner Konkurrenz dadurch geschützt werden, daß seine Wechsel nicht in die Hände von Dritten kommen, die so von seinem im Wechselverkehr zum Ausdruck kommenden Verbindungen Kenntnis erhalten würden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es eine Reihe von Kunden gibt, die so denken. Es mag auch durchaus richtig sein, daß eine Reihe von Banktratten von seiten privater Handels- und Industriehäuser deswegen selbst zu teureren Bedingungen, als ihnen beim Verkauf von Privatdiskonten auferlegt werden, bei der Reichsbank diskontiert werden. Aber die Zahl ist doch nur gering. Wenn eine große Bank jemand Trattenkredit eingeräumt hat, der nicht wünscht, daß

durch die Weiterbegebung dieser Tratten seine Geschäftsverbindungen und seine Kreditanspruchnahme bekannt werden, so wird sich wohl jede größere Bank bereit erklären, zum Privatdiskont oder zu irgendeinem Mittelsaße von Privat- und Bankdiskont ihr Akzept selbst hereinzunehmen. Sie behält es dann entweder dauernd im Portefeuille oder sie begibt es im Tausch an eine Bank, mit der sie im Akzeptkartellverhältnis steht, weiter. Jedenfalls, mag die Zahl derjenigen, die schamhaft ihre Geschäftsverbindungen oder die Tatsache, daß sie Kredit in Anspruch nehmen, verborgen halten wollen, groß oder klein sein, diese Leute sind der Reichsbank sehr gut bekannt, und sie mag dann eben Akzente und Wechsel solcher Leute nicht weiter begeben. Ich glaube aber unter gar keinen Umständen, daß nicht dann auch noch die Zahl der begebaren Wechsel durchaus genügen wird, um den Privatdiskont gegebenenfalls zu beeinflussen. Anders steht es nun allerdings um den Einwand, daß weniger um der Kunden willen als um ihrer selbst willen die Reichsbank die Wechsel nicht weiter gibt, weil sie nämlich ihre eigene Kundschaft den Privatbanken nicht defowrieren will. Hier muß ich nun aber gerade als Kenner der Praxis die Befürchtungen der Reichsbank als viel zu weitgehend bezeichnen. Glaubt die Reichsbank wirklich, daß heute, wo fast in jedem Nest sich eine Filiale oder Depositenkasse einer Großbank befindet, den Vorstehern dieser Filialen und Depositenkassen die Geschäfte verborgen bleiben, die namhafte Kaufleute und Industrielle der Gegend entriren? Glaubt sie wirklich, daß es viel Geschäftsleute gibt, die ihre Wechsel bei der Reichsbank diskontieren, die nicht schon so und so oft von den Bankvorstehern und Bankdirektoren darum angegangen worden sind, ihre Geschäfte bei den Privatbanken und nicht bei der Reichsbank zu machen? Das halte ich für ganz ausgeschlossen. Für noch viel seltener aber halte ich den Fall, daß ein Geschäftsmann von irgendwelchem Ansehen und irgendwelcher Befähigung nicht selbst weiß, daß die Privatbanken ihm billigere Bedingungen machen als die Reichsbank. Entweder sind nach Lage seines Geschäftszweiges solche besseren Bedingungen seitens der Privatbanken nicht möglich, dann arbeitet er eben mit der Reichsbank, die ihn kulanter behandelt, oder aber solche Bedingungen sind möglich, dann sind sie dem Geschäftsmann bekannt, sie sind ihm auch von den Privatbanken wahrscheinlich schon verschiedentlich angeboten, und er arbeitet mit der Reichsbank, weil er sich irgendeinen besonderen Vorteil davon verspricht. Dieser Vorteil ist oft ein indirekter. Er braucht z. B. ein Girokonto und er weiß nur zu gut (was übrigens auch gewiß Herr von Lumm und wahrscheinlich auch Herr Dr. Conrad weiß), daß die Reichsbank bei der Bemessung des Mindestgiroguthabens den Umsatz in Diskonten nicht ganz unberücksichtigt läßt. Sollte aber alles das nicht zutreffen, sollte direkt oder indirekt für den Betreffenden beim Arbeiten mit der Reichsbank

kein Vorteil herauspringen und sollte er trotzdem mit der Reichsbank arbeiten, dann würde ich der Reichsbank raten, sich doch einmal darüber zu informieren, warum der betreffende Fabrikant oder Großkaufmann gerade ihr seine besondere Liebe zuwendet. Sie wird bei solchen Untersuchungen vielleicht finden, daß der Betreffende bei den Privatbanken bereits so stark engagiert ist, daß er sich deshalb eine neue Geldquelle eröffnen mußte. Für solche Fälle wäre es vielleicht manchmal recht nützlich, daß die Reichsbank Wechsel rediskontiert und die Privatbanken einen Einblick in die Künste ihrer Geschäftsfreunde tun könnten. Dadurch würde nicht nur hier und da der Fall eintreten, daß die Reichsbank rechtzeitig vor gefährdenden Kreditverbindungen gewarnt würde.

Ich vermag wirklich in dieser Allgemeinheit die von Dr. Conrad aufgestellten Gründe gegen die Rediskontierung der Wechsel seitens der Reichsbank nicht anzuerkennen. Ich will hier die Arbeit nicht nach Schema F empfehlen. Gewiß wird es Fälle geben, in denen die Gründe durchaus zutreffen, die Herr Dr. Conrad angeführt hat. Dann mögen sie berücksichtigt werden. Das ist durchaus nicht so schwer, wie es im ersten Moment erscheinen mag. Aber alle die angeführten Gründe wiegen gering gegenüber der Notwendigkeit, der Reichsbank ein Mittel an die Hand zu geben, das unbedingt geeignet ist, im äußersten Notfall der Reichsbank die Herrschaft über den Privatdiskont zu sichern. Das Bankgesetz verbietet der Reichsbank das Akzeptieren von Wechseln. Würde ein solches Verbot nicht bestehen, so wäre es natürlich außerordentlich leicht möglich, ohne Rediskont den Privatdiskont zu beherrschen, indem die Reichsbank Akzente von sich zum Kauf anbietet. Aber das ist nicht möglich, und es scheint mir auch durchaus nicht am Platze, um einen so gefährlichen Umweg wählen zu können, die Aufhebung einer wohl-durchdachten Bestimmung des Bankgesetzes zu fordern. Da bleibt eben kein anderes Mittel als die Rediskontierung von Wechseln, die ja gesetzlich — und doch wohl wahrscheinlich auch mit Vorbedacht! — der Reichsbank nicht verboten ist.

Im übrigen sollte die Rediskontierung der Wechsel der Reichsbank auch denen, die grundsätzliche Bedenken gegen sie haben, durchaus nicht allzu gefährlich erscheinen, denn meines Erachtens würde es wahrscheinlich kaum jemals zu dem praktischen Fall der Rediskontierung kommen. Die Reichsbank braucht nämlich nur zu erklären, daß sie gegebenenfalls bereit ist, von dem ihr durch das Gesetz gestatteten Mittel der Rediskontierung Gebrauch zu machen und — in praxi die Rediskontierung zu verhindern. Die bloße Drohung allein dürfte schon genügen, Ausschreitungen der Privatdiskonture zu verhindern. Und wenn nicht schon die allgemeine theoretische Drohung so wirken wird, sicherlich wird die Offerte der Reichsbank in auch nur einem praktischen Falle sofort volle Wirkung tun.

# Revue der Presse.

Eine österreichische Zeitschrift des „Confektionairs“ (1. August) berichtet von der gegenwärtig herrschenden

## Kredit-Nervosität in Oesterreich-Ungarn.

Seit den Frühjahrstagen, wo der Generalsekretär der Oesterreich-Ungarischen Bank v. Pranger, ähnlich wie in Deutschland Herr v. Havenstein, Warnungen vor allzu leichtfertiger Kreditgewährung erließ, haben die Banken andauernd Kreditrestriktionen vorgenommen, und so Handel und Industrie fortlaufend in Unruhe gehalten. Diese Methode war jedoch durchaus verfehlt, da sich der Warnungsruf v. Prangers nicht so sehr gegen die Kreditgewährung den Handelskreisen gegenüber als gegen die Effekten-überspekulation richtete, die außerordentlich große Summen entzog und noch entzieht, und welche auch zur unmittelbaren Folge ein Verweilen der Bankrate selbst in den Sommermonaten auf der Höhe von 5 % hatte. Dieser hohe Zinsfuß schädigt natürlich die Industrie um so mehr, als auch sonst der Geldmarkt infolge der sehr lebhaften Emissionstätigkeit des Staates, der Banken und der industriellen Gesellschaften eine Versteifung erfahren hat. Ferner hat die Regierungspolitik der letzten Jahre, dem Handel und der Industrie zugunsten der Landwirtschaft alle möglichen Lasten aufzubürden, die Widerstandsfähigkeit der nichtagrarischen Bevölkerungsklassen erheblich beeinträchtigt. Wenn die Banken nicht von ihrer durch das Verhalten der Handelskreise und durch die inneren Verhältnisse in Handel und Industrie in nichts gerechtfertigten Beschränkung der Kredite bald wieder abgehen werden, sind zum Herbst recht böse Zeiten zu erwarten. — Im Berliner Tageblatt (3. August) werden in einem Artikel über die

## Praxis der Sanierung

die Vorgänge in der Generalversammlung der Deutschen Hotelaktiengesellschaft beleuchtet. Bei dieser, bekanntlich zum Fürstentum gehörigen Gesellschaft wurde der Antrag gestellt, die Aktionäre, die die 25 %ige Zuzahlung im vorigen Jahre nicht geleistet hatten, dadurch gefügig zu machen, daß man ihre Aktien bei Nichtzahlung der ausstehenden 25 % im Verhältnis von 3:1 zusammenlegen wollte. Um diesen Beschluß, den die Stammaktionäre natürlich niemals genehmigt hätten, in der Generalversammlung durchzudrücken, hatten die Großaktionäre ihre Aktien, auf die die Zuzahlung von 25 % bereits zwar nicht in bar, aber durch Verrechnung geleistet war, und welche somit laut Generalversammlungsbeschluß zu Vorzugsaktien ge-

worden waren, noch nicht zur Umwandlung in solche angemeldet. Ihre Absicht war, bei der gesetzmäßig gefordert erfolgenden Abstimmung der Stamm- und Vorzugsaktionäre die erstgenannten überstimmen zu können. Erst im letzten Moment wurde der zweite Teil des Verwaltungsantrages, die Zusammenlegung der Stammaktien im Verhältnis von 3:1, zurückgezogen und nur über die 25 %ige Zuzahlung abgestimmt. In einer der nächsten Generalversammlungen hofft der Fürstentum nun, mit Hilfe des oben skizzierten Manövers auch den übrigen Teil des Beschlusses durchdrücken zu können. Es ist jedoch zweifellos, daß schon die jetzige Abstimmung gesetzwidrig und ungültig ist, denn Aktien, auf die die Zuzahlung geleistet ist, und die daher auf Antrag sofort in Vorzugsaktien umgewandelt werden können, sind nicht mehr als Stammaktien zu betrachten und können daher auch nicht mehr mit diesen abstimmen. — In dem gleichen Blatte (31. Juli) bespricht Rechtsanwalt Dr. Edelstein eine prinzipiell sehr bedeutende Entscheidung des Landgerichts Hannover über

## Pflichten der Bankiers beim Kuxenverkauf.

Eine ganze Reihe von Gewerkschaften haben in letzter Zeit einen Paragraphen in ihr Statut aufgenommen, nach dem der Gewerke nicht berechtigt ist, eine ausgeschriebene Zuzufuhr durch zur Verfügungstellung des Kuxes von sich abzuwenden. Eine solche Bestimmung hat sich auch die Kaligewerkschaft Hardenberg zu eigen gemacht. Die Bankfirma Heinrich Emden & Co. in Hannover, deren Mitinhaber auch als Gründer der Gewerkschaft figurierte, vertrieb später die Kuxe an Private, verschwieg aber dabei, daß bereits eine Zuzufuhr von 200 M. auf jedem Kux haftete, die die Gründer ausgeschrieben hatten, als sie noch unter sich gewesen waren. Ein Gewerke, von dem die ihm unbekannt Zuzufuhr eingezogen werden sollte, verweigerte deren Zahlung und klagte gegen die Bankfirma auf Zurücknahme der Kuxe. Das hannoversche Landgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die betreffende Firma arglistig gehandelt habe, als sie dem Käufer der Kuxe verschwiege, daß eine Zuzufuhr auf dem Papier ruhte und verurteilte sie zur Zurücknahme der Kuxe. Durch diese Entscheidung ist nunmehr unzweifelhaft erwiesen, daß der Bankier, zumal wenn er Mitbegründer der Gewerkschaft ist, die Pflicht hat, beim Vertrieb der Kuxe dem Käufer Mitteilung davon zu machen, ob und in welcher Höhe Zuzufuhren auf dem Kux ruhen. Bei Nichtbefolgung dieser Regel ergibt sich für den Bankier die Verpflichtung zur Zurücknahme der Kuxe und Erstattung der Spesen. — Die Berliner Morgenpost (2. August) berichtet über

### französische Gesellschaften in Neu-Kamerun

der neuen deutschen Kolonie im Kongogebiet. In dem vor kurzem an Deutschland abgetretenen Lande arbeiten noch eine Reihe von französischen Aktiengesellschaften, die in der Hauptsache die Ausbeutung ihrer umfangreichen Landkonzessionen betreiben. Die bedeutendste dieser Landgesellschaften ist die 1910 aus einer Fusion von 10 Konzessionsgesellschaften mit einem Kapital von 12 Mill. Fr. gegründete Compagnie forestière Sangha Oubangui. Von ihrem Reingewinn steht vertragsmäßig dem Staat, also nunmehr Deutschland, ein prozentualer Anteil zu. Im letzten Jahr arbeitete die Gesellschaft mit einem Netto-Ueberschuß von 3,8 Mill. Fr. Die Aktien des Unternehmens, das die Deutsche Bank einmal erfolglos in deutsche Hände zu bringen versuchte, werden in Paris notiert. Außer der genannten gibt es noch sieben Konzessionsgesellschaften. Außerdem existieren noch drei Gesellschaften ohne Landbesitz, die den Export von Kautschuk, Elfenbein, Nutzholzern, Kakao, Kaffee usw. wie auch Flußtransporte und Import von Fabrikaten betreiben. Die Konzessionsgesellschaften sind: Compagnie Commerciale de Colonisation du Congo français (Kapital 1 Mill. Fr.) — Compagnie française du Haut-Congo (Kapital 2 Mill. Fr.) — Compagnie française de l'Ouahmé et de la Nana (Kapital 2 Mill. Fr.) — Compagnie de la Ngoko Sangha (Kapital 2,7 Mill. Fr.) — Société Commerciale Industrielle et Agricole du Haut-Ogoané (Kapital 4 Mill. Fr.) — Société de la Sangha équatoriale (Kapital 1 Mill. Fr.) — Compagnie Commerciale et Coloniale de la Mambéré (Kapital 0,8 Mill. Franken). — Die

### Kapitalkonzentration im schweizerischen Bankwesen

illustriert eine Aufstellung des Vorwärts (30. Juli). Hiernach verfügten am 1. Januar 1912 die 10 Großbanken mit je über 30 Mill. Kapital und einem Gesamtkapital von 546,4 Mill. über 43,5 % der überhaupt in Banken investierten Kapitalien. 32,2 % entfallen auf die 25 großen Mittelbanken (je 10—30 Mill.), welche zusammen über 399,25 Mill. verfügen. Auf die 18 kleinen Mittelbanken (5 bis 10 Mill.) mit insgesamt 123,4 Mill., entfallen nur 10 %, und auf die meist in Kleinstädten und Dörfern domizilierenden 70 Kleinbanken (1—5 Mill.) mit insgesamt 170,3 Mill. 14,3 %. Zwei der kleinen Mittelbanken sind seit Aufstellung dieser Berechnung von Züricher Großbanken aufgenommen worden. An Gewinnen erzielten im letzten Jahr die Großbanken 36 Mill. = 45,1 %, die großen Mittelbanken 23,44 Millionen = 29,2 %, die kleinen Mittelbanken 7,4 Millionen = 9,2 % und die Kleinbanken 11,93 Mill. = 16,6 %. — Die im Reichsamt des Innern zusammengestellten Nachrichten für Handel und Industrie bringen in ihrer Nummer vom 1. August Winke für den

### Handelsverkehr mit Rumänien.

Von unmittelbarem Geschäftsverkehr mit einheimischen Firmen ist abzuraten. Am besten fährt man mit

der Anstellung eines zuverlässigen Vertreters. Aber auch hier muß, da sich im Agentengewerbe dort sehr viel unzuverlässige Existenzen umhertreiben, große Vorsicht obwalten und nach Möglichkeit nur eine vom deutschen Konsulat empfohlene Persönlichkeit mit der ständigen Vertretung beauftragt werden. Mit Ausnahme einiger bedeutender Agenturfirmer vertraue man den Agenten das Inkassogeschäft nicht an. Die öftere Entsendung eines Reisenden ist auch dann erforderlich, wenn man über einen Vertreter verfügt. Der Reisende oder der Geschäftsinhaber selbst soll auch bei größeren Wertobjekten stets erst persönlich die Verhältnisse prüfen, damit bei der Kredit- und Zielgewährung keine Mißgriffe begangen werden. Zur Beschreitung des Klageweges kann nur bei wirklich bedeutenden Objekten geraten werden, da das Prozeßverfahren langwierig und kostspielig ist. Bei Zolldeklarationen empfiehlt sich Vorsicht, da auch unbeabsichtigte Irrtümer als Verfehlungen betrachtet und mit Geldstrafen geahndet werden. — Die

### ostasiatischen Absatzgebiete der deutschen Industrie

behandelt Richard Calwer in seiner Arbeitmarkt-Korrespondenz (1. August). Unser Gesamtexport nach Ostasien hatte 1910 einen Wert von 300 Mill. *M.* Deutschlands relativ bester ostasiatischer Kunde ist Britisch-Indien, das bei einer Gesamteinfuhr von 540 Mill. *M.* Waren im Werte von zirka 90 Mill. aus Deutschland bezog. Nidderländisch-Indien bezog im gleichen Jahre für etwa 50 Mill. *M.* Waren von uns. Von der japanischen Einfuhr, die 1910 zirka 975 Mill. betrug, entfielen auf Deutschland, das damit an fünfter Stelle steht, nur etwa 92 Mill. Nach China, dessen Gesamteinfuhr 1909 etwa 1,2 Milliarden *M.* betrug, lieferte das Deutsche Reich für die verhältnismäßig geringe Summe von zirka 57 Mill. — In der Bankbeamten-Zeitung (1. August) berichtet M. Fürstenberg über Differenzen zwischen dem Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Oesterreichs und dem deutschen Bankbeamten-Verein. Entstanden ist dieser

### deutsch-österreichische Bankbeamten-Konflikt

durch den an sich durchaus harmlosen Vorfall, daß der Deutsche Bankbeamten-Verein an die Einkassierung von Beiträgen von seinen in Oesterreich domizilierenden Mitgliedern gegangen ist. Dies hat den Reichsverein mächtig in Harnisch gebracht, da seine Leitung in dem Vorgehen des DBV. den Versuch erblickte, sich auf österreichischem Gebiet festzusetzen und so die Interessen der österreichischen Standesorganisation zu schädigen. Auf die geharnischte Resolution, die auf der Tagung des Reichsvereins gegen den DBV. gefaßt wurde, wird nun zunächst von Berlin aus die ganze strittige Angelegenheit auf das richtige Maß ihrer Bedeutung zurückgeführt, gleichzeitig aber auch prinzipiell betont, daß der DBV. sich in keiner Weise verbieten lasse, seine im Ausland

wohnenden reichsdeutschen Mitglieder in der ihm geeignet erscheinenden Form zu organisieren, wie dies in anderen Ländern bereits ohne derartige Schwierigkeiten geschehen ist. — Die Frankfurter Zeitung (4. August) bringt die Statistik über

#### die deutschen Aktiengesellschaften in 1910/11.

Es geht daraus hervor, daß in diesem Jahre in Deutschland 5302 Aktiengesellschaften gegen 5261 i. V. tätig waren, die über ein Gesamtkapital von 14,23 Milliarden *M.* (13,72) und über Reserven von insgesamt 3,25 (3,01), zusammen also über ein Eigenkapital von 17,26 (16,47) Milliarden verfügten. Die Gesamtschulden stellten sich auf 35,87 (34,17) Milliarden. 743 (707) Gesellschaften haben mit Verlust und 3868 (3821) mit einem Gewinn von 1473 (1366) Millionen gearbeitet. Dieser Gewinn macht 8,08 % (7,82) des Eigen- und 9,95 % (9,57) des Aktienkapitals aus. 3420 (3319) Gesellschaften verteilten insgesamt 1133 (1044) Millionen Dividende, was 8,09 % (7,76) des dividendenberechtigten Kapitals ausmacht. — Ein interessanter Prozeß der

#### Standard Oil Company

und ihrer Gruppe gegen die Deutsche Petroleum-Verkaufs-G. m. b. H. fand, wie die Frankfurter Zeitung (5. August) ausführlich berichtet, dieser Tage in Hamburg statt. Die Deutsche Petroleumverkaufsgesellschaft, ein der Deutschen Bank, Rothschild und der Nobel-Gesellschaft nahestehendes Unternehmen, hatte nach langem heftigen Preiskampf einen Vertrag mit der zum Konzern der Standard Oil Company gehörigen Deutsch-amerikanischen Petroleumverkaufs-A.-G. schließen müssen, dessen harte Bedingungen sie fast auf Gnade und Ungnade in deren Hände lieferte. Die Amerikaner nutzten in der Folge ihre Monopolstellung weidlich aus, nahmen den Kampf gegen galizisches Petroleum auf und kamen im übrigen ihrer vertraglichen Verpflichtung, 20 % des Absatzes der Deutschen Petroleumverkaufs-Gesellschaft zu reservieren, nicht im vollen Umfange nach. Auch die unerhörte Dreistigkeit, mit der sie in die Geschäftstätigkeit der Deutschen Gesellschaft und sogar in deren Personalverhältnisse eingriffen, machte dieser ein ferneres Zusammenarbeiten unmöglich. Die nunmehr auf Vertragserfüllung klagende amerikanische Gesellschaft wurde vom hamburger Landgericht abgewiesen, weil der Vertrag ein Monopol geschaffen habe und gegen die Gewerbeordnung verstoße. Nunmehr hat die wieder unabhängige deutsche Gesellschaft den Kampf gegen die Amerikaner von neuem aufgenommen und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß sie sich zwecks gemeinsamen Vorgehens mit der

Deutschen Erdöl-A.-G. verständigen wird. — Im Berliner Tageblatt (6. August) berichtet Arthur Norden über ein Interview mit dem neuen berliner Oberbürgermeister und ehemaligen Reichsschatzsekretär, Erzellenz W e r m u t h, über den

#### Kursstand unserer Staatsanleihen.

Wermuth ist der Ansicht, daß nur auf dem Wege starker Schuldentilgung eine Kursbesserung erreicht werden kann, wie das in Italien der Fall gewesen ist. Er bedauert, daß gegenwärtig die Ueberschüsse zu nicht werbenden Anlagen verwandt werden. Die frühere Konvertierung unserer 4 % Anleihen war ein Fehler, der damit gegen den wesentlichsten Zweck eines Staatspapiers, eine gegen starke Kurschwankungen gesicherte Anlage zu bieten, verstoßen hat. Die Folge davon war eine Kursentwertung der niedrig verzinslichen Werte bis zu einer Tiefe, auf der der Realzins bereits wieder 4 % beträgt. Wermuth betonte, daß sein Programm gewesen sei, die 3- und 3½ %igen Anleihen mit der Zeit durch 4 %ige zu ersetzen, um so allmählich eine Stabilisierung um den Parikurs zu erreichen. — Die Deutsche Tageszeitung (6. August) spricht sehr sehr scharf gegen die Absicht aus,

#### deutsches Kapital für Bulgarien

zu geben. Die Deutsche Bank beabsichtigt, von einer 180 Mill. Fr. betragenden Anleihe 72 Mill. in Deutschland zu placieren. Bei dieser Gelegenheit wird darauf verwiesen, daß einerseits die Anleihe zum Teil der Konversion der älteren, also der Vereinträchtigung der Anleihebesitzer, die auch in Deutschland zu suchen sind, zum anderen Teil militärischen Zwecken, d. h. bei der gegenwärtigen Konstellation auf dem Balkan antideutschen Zwecken dienen soll. Außerdem ist sowohl die ablehnende Stellungnahme der deutschen Regierung im Jahre 1910 gegen Placierung einer bulgarischen Anleihe in Deutschland, als auch die Riesenblamage der bulgarischen Finanzverwaltung bei dem gescheiterten Anleiheversuch von 1911 in zu frischer Erinnerung, als daß das Vorgehen der Deutschen Bank und des von ihr geführten Konsortiums verständlich wäre. — Der Berliner Börsen-Courier gibt einen tabellarischen Ueberblick über die Tätigkeit der

#### Hypothekenbanken im ersten Halbjahr 1912.

Danach stellte sich am 30. Juni dieses Jahres der Obligationenumlauf auf 10,98 Milliarden (10,70 Milliarden im Vorjahr). Zur Deckung waren in die Register 11,36 Milliarden (10,95 Milliarden im Vorjahr) eingetragen.

## Aus den Börsensälen.

Die erste Augustwoche hat dem Verkehr an der Berliner Börse nicht die vielfach in den Kreisen der Spekulation erwartete Anregung gebracht. Im Gegenteil ist das Geschäft in den letzten Tagen eher noch stiller geworden als vorher. Das Publikum hält sich von der Börse fern, und auch bei der Börsenspekulation fallen die Aufforderungen der Grossbanken zu neuen Kurssteigerungen und sogar die deutlichen Hinweise auf bestimmte chancenreiche Wertpapiere nicht mehr auf fruchtbaren Boden. Die Börse lässt es sich eben nicht ausreden, dass gerade die Kurse der wichtigsten Industriewerte jetzt hoch genug sind und dass die Besserung des industriellen Geschäfts, die in der letzten Zeit tatsächlich eingetreten ist, schon im vergangenen Jahre in den Kursen vorweg genommen wurde. Erst durch höhere Dividende kann, so glaubt man vielfach an der Börse, wieder die Uebereinstimmung zwischen Kurs und Rente bei den stärker favorisierten Papieren hergestellt werden. Daher hat auch die kleine Aufwärtsbewegung am Montanaktienmarkte nur sehr kurze Zeit gedauert. In den Tagen der Hausseseinstimmung waren allerdings die Kurse namhaft heraufsprungen. Einigen Banken und mit Banken liierten Börsenfirmer war es verhältnismässig leicht gewesen, mit kleinen Beträgen grössere Kurssteigerungen zu erzielen. Doch ging die Börsenspekulation, als sie die Zurückhaltung des Publikums merkte, schon in den nächsten Tagen wieder aus ihren Engagements heraus und nahm die wenigen Prozent Gewinn mit, die sie hatte verdienen können. Dabei war in der Industrie selbst kein Anlass vorhanden, die Situation schlechter zu beurteilen. In den Vereinigten Staaten muss nach den Berichten eine stürmische Kauflust am Eisenmarkte herrschen, trotzdem jetzt gerade die berichtigten Monate vor dem Kampf um die Präsidentschaft sind. Die Dividendenerklärungen der grossen Hüttenwerke, die in der letzten Woche erfolgten, befriedigten die Erwartungen der Spekulation in weitestem Umfange, und auch die Abschlüsse der kleinen Werke brachten keine Enttäuschungen. Das Meggener Walzwerk erhöhte trotz der teureren Rohmaterialien die Dividende von 7 % auf 10 %. Das Baroper Walzwerk kann bei einem Vortrag der Hälfte des Reingewinns eine Dividendenerhöhung von 12 % auf 13 % vornehmen. Das Annener Gussstahlwerk verteilt diesmal wieder 6 % Dividende, trotzdem noch 55 000 *M* auf das Konto Albert Schappach & Co. abzuschreiben waren. Was die grösseren Stahlwerke betrifft, so musste die Dividendenerhöhung des Stahlwerks von der Zypen um 2 % auf das um 3 Mill. *M* vermehrte Aktienkapital um so mehr freudige Ueberraschung erwecken, als das grosse Weisblechwalzwerk, das mit dem Erlös der jungen Aktien gebaut wurde, noch nicht zu dem Ertrage hat beisteuern können. Von den Montanriesen schloss sich der Dividendensteigerung des

Bochumer Vereins von 12 $\frac{1}{2}$  % auf 14 % die Dividendenerhöhung der Rombacher Hüttenwerke von 9 % auf 10 % und die sichere Prophezeiung einer Dividendensteigerung bei den Rheinischen Stahlwerken von 8 % auf 10 % an. In der augenblicklichen Situation des Montanmarktes kann der Grund für die Kurssteigerung auch nicht liegen. Denn wenn auch das Geschäft in Stabeisen am Weltmarkte naturgemäss etwas nachgelassen hat, so reissen sich doch die Fabriken das Roheisen und das Halbzeug aus den Händen. Die Hütten- und Stahlwerke können den Bedarf kaum schaffen, und auch der Verbrauch der Walzprodukte lässt im allgemeinen kaum zu wünschen übrig. Preiserhöhungen sind zwar mit wenigen Ausnahmen nicht vorgenommen worden, namentlich nicht seitens der grossen Verbände. Der Stahlwerksverband, der Walzdrahtverband, ebenso der Roheisenverband sind dem Beispiel des Kohlen-syndikats gefolgt und haben die Preise für Inland unverändert gelassen. Doch sind es nicht die hohen Preise am inländischen Markte, welche bisher den Eisenwerken und den Kohlenzechen so bedeutende Mehrgewinne möglich gemacht haben. Die gewaltige Ausdehnung des Absatzes, die gerade bei den grössten Werken bedeutende Verbilligung der Herstellung, zuletzt nicht zum kleinsten Teile die Erhöhung der früher verlustbringenden Exportpreise auf das hochrentable inländische Preisniveau tragen die Schuld an der Besserung der finanziellen Ergebnisse. Trotzdem bleibt die Börse in ihrer Ruhe, weil sie übersättigt ist. Noch gibt zwar die Spekulation die Hoffnung nicht auf, dass die nächsten Wochen noch nachträglich die ersehnte Geschäftsbelebung durch die Animierung des Publikums bringen werden. Doch wagen sich diese Hoffnungen lange nicht mehr so laut hervor wie vor einigen Wochen.

\* \* \*

Die politischen Verwickelungen sind vielleicht auch mit Schuld an der resignierten Haltung der Börsen. Jedenfalls aber spricht man auch von ihnen, und die Börsenspekulation wiederholt ostentativ die von einigen Grossbanken ausgegebene Parole, dass der politische Himmel so heiter ist wie selten zuvor, dass sich vor allem das Grollen am Bosphorus nicht zu einem Gewitter auswächst. Auffallend ist die plötzliche Versteifung des Geldmarktes nach den Wochen des Ueberflusses. Zwar weiss man auch hierfür in Börsenkreisen einen Grund. Als bei der letzten Monats-schiebung das tägliche Geld so billig war, sollen zahlreiche Börsenfirmer es vorgezogen haben, diesmal auf die Beschaffung von Ultimogeld, das sich trotz seiner Billigkeit doch noch wesentlich teurer stellte, zu verzichten und sich mit täglichem Geld zu behelfen. Jetzt haben sich nun die Prolongationen von täglichem Geld so gehäuft, dass hier eine Verknappung eingetreten ist, die den Satz rasch auf die Höhe der Forderungen für Ultimogeld von 4 $\frac{1}{2}$  % heraufschnellen liess und auch den Privat-

diskont mit nach oben gezogen haben. Die einzige Sorge der augenblicklichen Verhältnisse, die an der Börse wirklich zugegeben wird, bildet der berliner Baumarkt. Es bedeutete für die gesamte Börse eine Ueberaschung, dass es nicht gelungen ist, den Zusammenbruch der Baufirma Kurt Berndt zu vermeiden, trotzdem von der Hochfinanz seit Monaten das Menschenmöglichste getan wird, um den berliner Baumarkt vor einem grossen Kladderadatsch zu bewahren. Fast machte es aber noch einen schlechteren Eindruck, dass auch jetzt noch nicht die Grossbanken den Dingen ihren Lauf liessen, sondern dass vor allem der Schaaffhausensche Bankverein erneute Opfer brachte, um den Konkurs der genannten Baufirma noch rückgängig zu machen, trotzdem er behauptete, für seine Forderungen ausreichend gedeckt zu sein und es also eigentlich nicht nötig hatte, neuerdings die Kleinigkeit von 650 000 *M* an eine immerhin sehr gefährliche Sache zu riskieren. Die Substationen der kleinen Bauunternehmer in den berliner Vororten haben gleichfalls in der letzten Zeit immer mehr zugenommen, und von einigen recht bedeutenden Baugeschäften wurde in den letzten Tagen erzählt, dass sie mit Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Die Verstimmung der Börse über diese Zustände kam allerdings nicht in Kursrückgängen zum Ausdruck. Sie äusserte sich mehr in einer allgemeinen Beklemmung gerade der Kreise, die nicht von der Tagesspekulation leben.

\* \* \*

Während es so an den Terminmärkten weder recht vorwärts noch recht rückwärts ging und die berliner Spekulation sogar der kräftigen new yorker Hausse in Canadashares nur vorsichtig zögernd im Abstände und jederzeit zum Rücksprunge bereit, folgte, kann am Kassa-Industriemarkt eher von einer grossen Liquidation gesprochen werden. Fast alle die Papiere, die in den Ferienwochen so unbekümmert im Kurs heraufgesetzt worden waren, erfuhren in der letzten Zeit Abschwächungen. Die Börsenspekulation überschüttete die Makler an einzelnen Tagen förmlich mit Realisationen, und es hätte wohl in manchem Papier einen scharfen Kurssturz gegeben, wenn nicht von den Depositenkassen immer noch zahlreiche Kauflimite der Kundschaft vorgelegen hätten. Als dieser Ansturm vorüber war, wurde es auch an den Schranken der sonst heiss umstrittenen Spezialwerte recht still. Die Kursveränderungen, die in der letzten Woche vor sich gingen, waren meist das Resultat mässiger Käufe von Interessentenseite, wenn sie nach oben hin gingen, kleinerer Verkauforders des Publikums oder Realisationen der Spekulation, wenn es Kursermässigungen waren. Aus mehr historischem Interesse ist höchstens die Tatsache zu erwähnen, dass zwei verlustreiche Papiere in den letzten Tagen ihren tiefsten Stand erreichten. Die Aktien der Kaliwerke Jessenitz gingen auf 4 % zurück, da die Aeusserungen der Ver-

waltung kaum einen Zweifel mehr darüber lassen können, dass bei der geplanten Liquidation der Gesellschaft nichts für die Aktionäre herauskommen wird, und dass sogar die Obligationäre vielleicht noch an Kapital und Zinsen Einbusse erleiden. Ferner sanken die Aktien des berliner Eispalast auf 25 %, da ihre Emissionsfirma auf dem Getreidemarkte in Roggen so energisch aufgeschwänzt wurde, dass der Inhaber die Bürde eines Aufsichtsrats bei dem berliner Eispalast von sich warf, nachdem er schon vor längerer Zeit seinen Aktienbesitz noch zu den alten Kursen abgestossen haben soll. Der Kurs konnte sich allerdings in den letzten Tagen durch die billige Intervention des eigentlichen Gründers des Eispalastes erholen. Trotzdem rechnet man an der Börse vielfach damit, dass durch eine baldige Sanierung diese Blamage der Zulassungstelle von dem Kurszettel der berliner Börse getilgt wird.

I. V.: Dr. Hermann Zickert.

## Umschau.

Ein Bankpraktiker schreibt mir:  
**Antidefraude.** „Wir leben wieder einmal in einer

Epoche, da Defraudationen förmlich grassieren. Die jüngsten drei Fälle von Veruntreuungen durch Kassenboten waren noch in aller Munde, da meldete der Draht schon wieder das Verschwinden von Geldern bei einem Kassierer des Schaaffhausenschen Bankvereins. Erwägt man, dass geringere Malversationen vielfach gar nicht erst vor das Forum der Oeffentlichkeit gelangen, so muss die neuerliche Häufung derartiger Fälle zur Auffindung von Mitteln, die diesem Uebelstande wirksam begegnen, ganz besonders anregen. Da liesse sich vielleicht nach Deutschland eine amerikanische Einrichtung verpflanzen, die bekannte Gesellschaften jenseits des grossen Teiches zu weltumspannenden Unternehmungen gemacht hat. Dort hat ein mit allen Vollmachten ausgestatteter „manager“, der mit seiner Gesellschaft gross geworden ist und den Betrieb von Grund auf kennt, für alle Angestellten bis zum jüngsten Lehrling eine offene Sprechstunde. Diese wahrzunehmen wird jeder einzelne unter Zusicherung strenger Diskretion ersucht, der im Interesse des Unternehmens eine Wahrnehmung gemacht oder z. B. auf eine Lücke in der Sicherheit des Geschäftsganges aufmerksam zu machen imstande ist. In vielen amerikanischen „concerns“ sind zu diesem Zwecke sogar namhafte Prämien ausgesetzt. Wenn in unsern Grossbankbetrieben eine solche Stelle vorhanden wäre, an die der einzelne Beamte sich vertrauensvoll wenden könnte, um Anregungen zu geben, die sich ihm aus der Praxis heraus aufdrängen, so würde den Direktionen mancher Wink, manche Idee zu Ohren kommen, die ihr so verloren gehen: denn man braucht kein Psychologe zu sein, um zu erkennen, dass das Verhältnis des einzelnen Beamten zu seinem direkten Vorgesetzten manches freie Wort verbietet; setzt es doch bei manchem Vorgesetzten schon hohe Qualitäten voraus, zu erkennen, dass sein Untergebener nicht sich selbst, sondern der Sache dienen will. — Bei Einführung einer solchen Ein-

richtung wird man zum mindesten erreichen, dass das vermieden wird, was sich nach jedem neuen Fall von Veruntreuung in den Bankbüros mit tödlicher Sicherheit beobachten lässt, dass nämlich Leute mit Augurenmiene herumlaufen, die jedem erzählen, dass sie die „Dinge haben kommen sehen“. —

\* \* \*

Diese Anregung scheint mir sehr beachtenswert. Freilich würde ihre Durchführung noch keinen allgemeinen und sicheren Schutz gegen Defraudationen bieten, aber eine derartige Institution hätte ja schon ihren Zweck erfüllt, wenn sie es der Direktion ermöglichte, sich auf organisatorischem Gebiet die Mitarbeit des Beamtenkörpers zu sichern und dadurch gleichzeitig diejenigen Angestellten kennen zu lernen, die durch ihre Intelligenz aus der Masse hervorragen. Im übrigen haben auch deutsche Betriebe bereits derartige Einrichtungen, so z. B. die Ludwig Loewe Aktien-Gesellschaft und die Warenhausfirmen Wertheim und Tietz. In den Büros dieser Firmen hängen Briefkasten aus, in die jeder Angestellte, der eine Anregung, welcher Art auch immer, zu geben hat, einen Brief hineinwirft, der dann von einer dazu bestimmten Stelle der Direktion gelesen wird. Für erfolgreiche Anregungen sind Geldprämien ausgesetzt und es ist bekannt, dass die betreffenden Firmen auf diesem Wege, der die Angestellten zum selbständigen Denken erzieht, schon eine ganze Anzahl sehr wertvoller grosser und kleiner betriebstechnischer Errungenschaften gemacht haben. Die Einrichtungen dieser Firmen sind aus Amerika entlehnt. Zur Loewe-Gesellschaft sind sie z. B. mit den amerikanischen Organisatoren gekommen, die s. Z. im Loewe-Konzern eine grosse Rolle spielen.

### Ein fideles Begräbnis.

Man schreibt mir: Es gibt noch Humor in der Finanzwelt, im Reiche der Aktien und Dividenden, im Reiche der Unterbilanzen und Pleiten. Schon mancher Leidtragende, dem die Börse und die Konjunktur seine Hoffnungen über den Haufen warf, sein schönes Geld zerflattern liess, mag sich mit guter Miene, mit Humor in sein Geschick gefunden und auf bessere Zeiten getröstet haben. Aber in dem kleinen Städtchen Aken an der Elbe dürften sie doch den Vogel abgeschossen haben. Dort existiert eine Zündholzfabrik Aken, die durch den Zusammenbruch der Bankfirma Luedicke & Müller in Cöthen ebenfalls in Konkurs gerissen wurde. Der Status der Zündholzfabrik ist schlecht, die Passiven betragen über 470 000 M. Davon sind 390 000 M. Forderungen bevorrechtigt, während die Aktiven so etwa eine Viertelmillion umfassen sollen. Was da für die Forderungen ohne Vorrecht übrig bleiben wird, kann sich jeder ausrechnen. In Aken hat man von der Zündholzfabrik die für den Ort stattliche Summe von 75 000 M. zu fordern und man „hoffte“ vor kurzem immerhin noch auf  $\frac{3}{4}\%$  Konkursdividende. Wie nun ein Bericht aus der Gläubigerversammlung mitzuteilen wusste, fanden sich die Akener Gläubiger geradezu vorbillig mit der betrübenden Sachlage ab. So pleite und so pleite — war die Devise. Einstimmig beschloss die Versammlung, die Konkursdividende zu einer Vergnügungsfahrt in die Sächsische Schweiz zu verwenden. Bravo! In vollendeter Heiterkeit soll die Versammlung ihr Ende gefunden haben.

Die Akener verstehen wahrlich, das Unvermeidliche mit Würde zu tragen. Wenn nur nicht die weitere Entwicklung des Konkurses die Aussicht auf die  $\frac{3}{4}\%$  und damit die schöne Wasserfahrt mit „Konkurstanze“ und „Pleitekonzert“ zu Wasser werden lässt! Oder sollten die braven Akener die Fahrt schon versuchsweise ausgeführt haben? Zuzutrauen wäre es ihnen.

### Oesterreichische Bankbeamte.

Von einem österreichischen Mitarbeiter wird mir geschrieben: Die Organisation der österreichischen Bankbeamten hat in den letzten Jahren eine interessante Entwicklung genommen. Aus einem sehr gemüthlichen, patriarchalisch geführten Klub der Wiener Bankbeamten, der seine Aufgaben in der Pflege gesellschaftlicher Beziehungen, der Unterhaltung einer Bücherei und bescheidener Spielsäle erblickte, hat ein zielbewusster Agitator den „Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Oesterreichs“ geschaffen, einen Verein, der sich die Interessenvertretung der Bank- und Sparkassenbeamten Oesterreichs nach einer gewerkschaftlichen Methode zum Ziele setzte. Der Verein lehnt jeden Zusammenhang mit politischen Parteien ab und zu seinen Versammlungen sind stets Abgeordnete aller Parteien geladen und erschienen. In sämtlichen Banken verfügt die Vereinsleitung über Vertrauensmänner und eine systematisch geführte Gehaltsbewegung (bei den Arbeitern Lohnbewegung genannt) wird gegenüber den Bankdirektionen nicht durch Beamte des eigenen Instituts, sondern durch die Funktionäre des Vereins vertreten. Nach Analogie der Arbeiterbewegung wollten die Bankdirektionen anfangs von einer Anerkennung des „Reichsvereins“ als Kontrahenten, mit dem man, wie von Macht zu Macht, verhandelt, nichts wissen. Der verstorbene Gouverneur v. Taussig hat an diesem Standpunkte auch schroff festgehalten, und er konnte sich diesen Luxus auch am ehesten leisten, da die Beamten der Bodenkreditanstalt die bestbezahlten aller Wiener Institute sind. Auch die Kreditanstalt hat eine kurze Zeit lang den „Reichsverein“ als offizielle Vertretung der Beamenschaft abgelehnt, später jedoch bei gegebenem Anlass ihre Haltung geändert. Die Zentralbank der deutschen Sparkassen in Prag untersagte ihren Angestellten den Beitritt zum „Reichsverein“, der daraufhin in Flugschriften, Manifestationsversammlungen und durch ihm nahestehende Abgeordnete eine derart heftige Kampagne gegen das Institut einleitete, dass dieses sich zur Zurücknahme seines Verbots entschloss. Den interessantesten Punkt in der jungen Geschichte des Vereins bildet zweifellos die Tatsache, dass es im Herbst vorigen Jahres fast zu einem Streik, dem ersten Streik von Bankbeamten in Oesterreich, gekommen wäre. Als die Direktion des Wiener Bankvereins die ihr in einem Memorandum des „Reichsvereins“ unterbreiteten höheren Gehaltsforderungen nur teilweise erfüllte und Miene machte, die Vertrauensmänner zu entlassen, verpflichteten sich sämtliche Beamte der Wiener Zentrale dieses Instituts, durch einen ehrenwörtlichen Revers in den Streik zu treten. Der Streik unterblieb, da die Direktion des Bankvereins einlenkte und in Verhandlungen mit dem „Reichsverein“ über das bisher Gebotene hinausgehende Gehaltsaufbesserungen bot. Wie ernst es dem Verein mit den Gedanken war und ist, zur

Durchsätzung gewisser Forderungen bis zum Ausstände zu gehen, mag daraus ersehen werden, dass die rund 10000 Mitglieder in solcher kurzen Zeit einen „Widerstandsfonds“ von mehr als einer Viertelmillion Kronen aufgebracht haben, an dessen weiterer Erhöhung durch fortgesetzte Sammlungen gearbeitet wird. Der Anreger und Führer der ganzen Bewegung war ein junger, untergeordneter Beamter der Länderbank in Wien. Der Generaldirektor dieses Instituts hat ihm — es ist noch nicht gar lange her — die Prokura erteilt. Er mag sich wohl gesagt haben, dass der Mann Mut und Organisations-talent hat und dass man diese Eigenschaften auch in der Leitung einer Bank verwenden kann“

## Gedanken über den Geldmarkt.

Der Uebergang in den neuen Monat vollzog sich am heimischen Markt so leicht, wie es nach dem glatten Verlauf der Ultimoregulierung vorauszusehen war. Im offenen Markt kennzeichnete nur ein ganz leichtes Anziehen des Privatdiskonts den Einfluss des Stichtages, während tägliches Geld auch am Ultimo selbst nur wenig über dem Niveau des Reportgeldsatzes erhältlich blieb. Lediglich der Reichsbankausweis brachte die Tatsache in Erinnerung, dass wir in eine Periode gesteigerter Wirtschaftstätigkeit und entsprechender monetärer Anspannung leben. Das Institut wurde mit ca. 81 Millionen auf Wechsel- und Lombardkonto erneut in Anspruch genommen, gegen nur 53 Millionen im Jahre 1911. Immerhin ist diese Steigerung mässiger, als sie in den Monaten vorher noch zu beobachten war, lässt also eine gewisse Abschwächung des zuungunsten des laufenden Jahres vorliegenden Missverhältnisses erkennen. — Wie schon neulich erwähnt, geht übrigens der Markt mit ziemlich guten Reserven in den neuen Monat, die allerdings ihren Schwerpunkt in den Beständen der Seehandlung haben dürften. Die starke Flüssigkeit dieses Instituts zeigt sich u. a. darin, dass es fortgesetzt Gelder bis Ultimo Oktober, also über das Herbstquartal hinaus offeriert. Mit Beginn der zweiten Angustwoche trat allerdings eine gewisse Versteifung des Berliner Marktes ein, die aber vermutlich keine grundsätzliche Bedeutung hat, sondern der Tatsache zuzuschreiben sein dürfte, dass die Spekulation unter dem Eindruck der leichten Verhältnisse am letzten Ultimo sich vielfach statt mit einmonatlichem Reportgeld nur auf kurze Termine versorgt hat und jetzt zur Rückzahlung dieser Vorschüsse weiter Deckung suchen muss. Im Zusammenhang stieg der Satz für tägliches Geld auf  $4-4\frac{1}{2}$  und der Privatdiskont auf  $3\frac{3}{4}\%$ , während Devisen sich abschwächten. Man darf aber annehmen, dass dieser Zustand nicht von langer Dauer sein wird, vielmehr bald wieder normale Sätze Platz greifen werden, wenn auch die Folgezeit steigenden Geldbedarf für landwirtschaftliche Zwecke bringen muss.

Im Verhältnis zum Auslande haben sich im Gesamtsaldo keine nennenswerten Verschiebungen ergeben, wohl aber sind gegenüber den einzelnen Plätzen gewisse Veränderungen eingetreten. So sind die schon kürzlich erwähnten Rückzahlungen nach New York, die begonnen

wurden, ohne dass die entsprechenden Darlehen schon fällig sind, weiter fortgesetzt worden. In der Kursbewegung der Dollardevisen kamen diese Regulierungen kaum zum Ausdruck, da sie grösstenteils in Form von Remessen nach London für amerikanische Rechnung erfolgten. Dagegen hängt die anhaltende Festigkeit von Scheck London auch nach dem Ultimo noch hiermit erheblich zusammen. Führte diese Transaktion zu einem Geldabfluss von hier, so kann man im Gegensatz konstatieren, dass aus Paris in der letzten Zeit eher etwas neues Geld den Weg hierher gefunden hat. Die kürzlich erwähnte Erleichterung an der Seine hat in der verflossenen Woche noch weitere Fortschritte gemacht und zu kurzfristigen Ausleihungen in grösserem Umfange nach Oesterreich-Ungarn, in kleinerem Masse auch nach Deutschland geführt. Soweit die betreffenden Geschäfte mit Deutschland in Betracht kommen, handelt es sich vorwiegend um Pensionierung von russischen Wechseln mit deutschem Giro, es kommen aber auch Markwechsel in Betracht. Wenn es sich auch nicht um grosse Summen handeln mag, so sind es doch Darlehen bis Ende Oktober, die also dem hiesigen Markt auch während der Quartalsregulierung zur Verfügung stehen werden und daher für die Entwicklung an diesem schwierigen Termin nicht ohne Bedeutung sind. Für Oesterreich-Ungarn haben diese Transaktionen im Moment noch den besonderen Vorteil, dass sie der Kronendevisen zu einer kräftigen Steigerung von ihrem gedrückten Niveau verholfen haben.

Am Londoner Markt war zeitweise ein leichter Zug zu konstatieren, ohne dass es indes zu einer wirklichflüssigen Tendenz kommen konnte. Noch immer hat der Markt erhebliche Beträge für Neuemissionen anzulegen, die zwar teilweise im Tagesgeldmarkte wieder erscheinen, aber doch dem Diskontgeschäft verloren gehen, und dann spielen auch die Entziehungen der Provinz zum Ferienbeginn eine recht grosse Rolle. In nächster Zeit steht eine erneute Ausschüttung der Regierung an die National-Telefon-Gesellschaft bevor, die zunächst den offenen Markt etwas entlasten und ihm die Rückzahlung der bei der Bank am Ultimo genommenen Darlehen erleichtern könnte. Massgebend für die kommende Entwicklung dürfte aber die zukünftige Gestaltung der Goldbewegung sein, die ja zurzeit noch ausserordentlich günstig für die Bank of England ist. Haben doch die Eingänge aus den Produktionsgebieten bei der Bank of England auch in der verflossenen Woche den grössten Teil des von der Provinz zum Ferienbeginn beanspruchten Metallgeldes ersetzt! Es fragt sich aber, wie lange diese ausländische Zurückhaltung noch andauern wird, da sich die Goldzirkulation ihrer kritischen Jahreszeit nähert und das allgemeine „Zerren an der Decke“ bald beginnt. Seitens der südamerikanischen Staaten liegen wieder diverse Anleiheoperationen in London vor, deren Erlös in Sovereigns verlangt werden könnte. Inzwischen haben sich auch die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten soweit verschoben, dass an eine Befriedigung derartiger Ansprüche von New York aus nicht mehr zu denken ist. Im Gegenteil, mit der zunehmenden Geldversteifung in der Union wächst die Möglichkeit, dass New York selbst zum Reflektanten in London wird. Schliesslich hat auch Aegypten aufgehört, den indischen

# Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:<sup>1)</sup>

<b>Freitag,</b> 9. August 3%	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht — Reichsbankausweis. — Süd-afrikanische Goldminenausweise. — Transvaal Chamber of Mines. — G.-V.: Haffuferbahn, Baroper Walzwerk.
<b>Sonnabend,</b> 10. August 3%	Bankausweis New York. — G.-V.: Eisenwerk Marienhütte, Elektrizitätswerk Liegnitz.
<b>Montag,</b> 12. August 3%	Essener Börse. — Reports Brüssel. — G.-V.: Benz & Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik Mannheim, Zuckerfabrik Alt-Jauer. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Hannoversche Bank.
<b>Dienstag,</b> 13. August 3%	Düsseldorfer Börse. — Dekadenausweis Luxemburgische Prinz Heinrichbahn. — G.-V.: Centralbank für Eisenbahnwerte, Eisenwerk Maximilianshütte. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Strassenbahn und Elektrizitätswerk Altenburg.
<b>Mittwoch,</b> 14. August 3%	Zahltag Brüssel. — Prämenterklärung Paris. — Deutsche Branntwein- und Zuckerstatistik. — G.-V.: Heldburg Akt.-Ges.
<b>Donnerstag,</b> 15. August 3 1/8%	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Dekadenausweis Franzosen, Lombarden. — G.-V.: Bautzner Tuchfabrik, Norddeutsche Hochseefischerei-Ges. Geestemünde, Porzellanfabrik Kahla. — Schluss der Einreichungsfrist Aktien Bremerhütte, Einreichungsfrist Aktien Lübecker Maschinenfabrik.

<sup>1)</sup> Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Marktstage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

<b>Freitag,</b> 16. August 3 1/8%	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Medioliqidation Paris. — G.-V.: Neuhaldenslebener Eisenbahn.
<b>Sonnabend,</b> 17. August 3 1/8%	Bankausweis New York. — Reichsbankausweis. — G.-V.: Akt.-Ges. für Metallindustrie vorm. Gust. Richter.
	Ausserdem zu achten auf: Dividendenerklärungen führender Montanwerke. Zulassungsanträge (in Mill. M.): Berlin: 5 4% Pfbr. Brandenburgisches Pfandbriefamt f. Hausgrundstücke, 1 neue Aktien Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Heye, 1,5 neue Aktien Tiefbau- und Kälte-Industrie Gebhardt & König. Dresden: 1,1 Aktien Kunstanstalten vorm. Ad. May, 1 neue Aktien Porzellaufabrik Rosenthal, Selb. Frankfurt a. M.: 16,25 neue Aktien Lothringer Hüttenverein Ametz-Friede, 1 4 1/2% Obl. J. Brüning & Sohn, 40 4 1/2% Hyp.-Obl. Hohenlohe-Werke. Verlosungen: 10. August: 2% Antwerpener 100 Frcs. (1903). 4% Pariser 500 Frcs. (1876). 14. August: 2 1/2% Brüsseler 100 Frcs. (1902), Freiburger 10 Frcs. (1878). 15. August: 3% Crédit foncier Egyptien Obl. (1886, 1903), Holländische 15 Gld. (1904). 16. August: 3% Oesterreichische allg. Bodencredit-Anstalt 100 Gld. Präm.-Pfandbr. (1880), Panama-Kanal 400 Frcs. und Bons.

Begehrt zu versorgen und wird mit der Mobilisierung seiner Baumwollernte bald in die Reihe der Bewerber um das gelbe Metall in London erscheinen. Diese Entwicklung ist an sich normal und vermag nicht zu beunruhigen, zumal die Position der Bank of England in diesem Jahre ziemlich stark ist. Für den Londoner Markt handelt es sich in der Hauptsache um den Zeitpunkt ihres Eintritts, sollte dieser sehr bald erfolgen, so dürfte es auch entsprechend frühzeitig schon zu der herbstlichen Diskonterhöhung bei der Bank of England kommen. Justus.

## Antworten des Herausgebers.

dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Verein- sendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

**A. B., Hannover.** Anfrage: Ich erlaube mir um eine gefällige Auskunft im „Plutus“ darüber ergebenst zu ersuchen, ob eine auf Gegenseitigkeit beruhende Versicherungsgesellschaft, welche für Rechnung ihrer Mitglieder Nebengeschäfte betreibt, nach den dortseitigen Erfahrungen berechtigt auf ist, Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs einem Angestellten das empfangene Krankengeld auf sein Gehalt anzurechnen oder ob hier ebenfalls die Bestimmung des § 63 Absatz 2 des Handelsgesetzbuchs Anwendung findet, wonach der Handlungsgehilfe nicht verpflichtet ist, sich den Betrag anrechnen zu lassen, der ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer Krankenkasse zukommt. Erwünscht wäre mir zu wissen, ob über die Fragepunkte bereits abschliessende richterliche Entscheidungen ergangen sind, eventuell von welchem Gerichte.

Antwort: Nach § 1 des Handelsgesetzbuchs gilt das Versicherungsgewerbe gegen Prämie als Handelsgewerbe. Anerkanntermassen wird hierzu auch die Versicherung auf Gegenseitigkeit gerechnet. Der Angestellte einer solchen Versicherungsgesellschaft ist infolgedessen

Handlungsgehilfe und es findet auf ihn der § 63 des HGB. Anwendung.

**M. B. Lübeck.** Anfrage: „Ich bin mit der Einrichtung eines Archivs bei einer grösseren Provinzbank beschäftigt und frage an, ob Sie mir einige einschlägige Fachliteratur nennen können.“

Antwort: Eine zuverlässige Literatur hierüber gibt es leider noch nicht. Es wäre höchstens zu nennen: S. Holtzinger, Handbuch der Registratur und Archivwissenschaft (M. 4.—). Ferner mache ich Sie auf die folgenden Aufsätze aufmerksam: Dr. Karl Burghenne, Betriebsarchive, in Thünen-Archiv, Organ für exakte Wirtschaftsforschung, herausgegeben von Dr. Richard Ehrenberg, 2. Jahrg. Heft V, Jena 1909. Wirtschaftarchive. Von Mil Richter-Leipzig. Plutus 1912, Heft 18. Alle diese angeführten Aufsätze werden Ihnen aber kaum das speziell Erwünschte geben können, da sie die Bankarchive nicht ausreichend behandeln. Ratschläge allgemeiner Natur lassen sich hier auch nur schwer geben, da ein Bankarchiv aus den spezifischen Bedürfnissen des jeweils in Frage kommenden Instituts heraus erwachsen und sich seinen

besonderen Interessen anpassen muss. Sehen Sie sich doch einmal die Musterarchive der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft an.

**K. L. Bremerhaven.** Anfrage: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir ein Werk namhaft machen könnten, das sämtliche z. Z. kursfähige Münzen der massgebendsten Nationen enthält.“

Antwort: Aus der nicht sehr umfangreichen Literatur wäre zu nennen: Klimpert, Lexikon der Münzen, Masse, Gewichte, Zählarten und Zeitgrößen aller Länder der Erde (M. 2.—), Treuber, Münz-, Mass- und Gewichtskunde (M. 2.50), Hickmann, Neueste Münzenkunde aller Staaten der Erde (M. 2.—), derselbe: Vergleichende Münztabelle der wichtigsten Staaten der Erde (2.50).

**A Z. in P.** Anfrage: 1. „Ich bin im Besitze einer Aktie einer vor zwei Jahren gegründeten Kunstseidenfabrik, die infolge ungünstiger Preisverhältnisse gezwungen ist, die Aktien im Verhältnis von 3 zu 2 zusammenzulegen und für 500 000 M. Vorzugsaktien auszugeben. Vorzugsaktien sowie alte Aktien beabsichtige ich nicht zu erwerben, meine Aktie will ich aber auch nicht verkaufen, da ich glaube, dass sich die Verhältnisse in zwei bis drei Jahren wieder bessern werden. Nun möchte ich gerne wissen, ob ich die Aktie auf den jetzigen nominellen Wert 666.66 M. stempeln lassen muss oder ob die Aktie jetzt einfach mit 666.66 M. am Geschäft teilnimmt oder habe ich sonst noch irgend etwas zu tun?“

2. Gleichzeitig bitte mir mitzuteilen, ob Sie in früheren

Jahren unter der Rubrik „Waren des Welt Handels“ die Baumwolle behandelt haben und in welchen?“

Antwort: 1. Die Vorgänge bei der Zusammenlegung des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft regelt der § 290 HGB. Dieser besagt u. a.: „Die Gesellschaft kann die Aktien, welche trotz erfolgter Aufforderung nicht bei ihr eingereicht sind, für kraftlos erklären. Das gleiche gilt in Ansehung eingereichter Aktien, welche die zum Ersatz durch neue Aktien erforderliche Zahl nicht erreichen und der Gesellschaft nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt sind.“ Es kommt für Sie also, falls Sie nicht — da Sie ja à la longue eine Besserung in den Verhältnissen des Unternehmens erwarten — doch noch zwei Aktien hinzukaufen und dann einen regulären Umtausch in zwei neue Aktien vornehmen wollen, nur die Möglichkeit in Frage, Ihre Aktie für kraftlos erklären zu lassen. Die an Stelle der für kraftlos erklärten alten ausgestellte neue Aktie wird sodann gemäss den Vorschriften des gleichen Paragraphen für Ihre Rechnung durch die Gesellschaft zum Börsenkurs oder, falls ein solcher nicht vorhanden ist, durch öffentliche Versteigerung verkauft und der Erlös nach Abzug der Unkosten Ihnen gegen Legitimation zugestellt. — Der von Ihnen angeführte Ausweg der Abstempelung auf M. 666.66 ist unmöglich, da nach § 288 HGB. eine Kapitalsherabsetzung nicht durch Herabsetzung des Nennwertes von Inhaberaktien unter 1000 M. erfolgen kann.

2. Baumwolle ist im Plutus unter „Waren des Welt Handels“ im Jahre 1906 behandelt worden.

## Plutus-Archiv.

### Waren des Welt Handels.

#### Wolle.<sup>1)</sup>

Durch verschiedenartige

**Bedruckung** des Kammzugs verspinnnt man das sog.

**Vigoureux-Garn**, auch eine Art Melange; durch Vereinigung von zwei verschiedenfarbigen Vorgarnfäden oder zwei verschiedenen Garnfäden zum Zwirnen das

**Jaspé-Garn.** Endlich führen eine Reihe von Garnen den Namen des aus ihnen zu fertigenden Gewebstoffes; so redet man von

**Teppichgarn, Strickgarn, Lama-, Trikot-, Flanellgarnen** (weiche Streichgarne), ferner von

<sup>1)</sup> Siehe Plutus 1911, Seite 686, 708, 726, 752, 773, 837, 855, 876, 895, 978; Jahrg. 1912 S. 18, 36, 55, 74, 92, 112, 134, 157, 177, 214, 238, 259, 278, 322, 362, 378, 399, 451, 470, 511, 530, 561, 581, 597.

**Tibet-, Musselin-, Grenadinegarnen** (weiche Kammgarne), **Lasting, Camelots, Damast** (harte Kammgarne), **Etamine, Voile** (hartgezwirnte Gennappes), **Brillantine Zibeline**

**Homespun** (ungefärbte oder farbige Streichgarne mit Beimischung von Mohair, Kunstseide usw.).

**Crépgarne** entstehen durch besonders behandelte Kammgarnfäden, die um dicke Grundfäden gewickelt sind.

**Filzgarn** entsteht aus dem Vorgarn der Streichgarn- und Kammgarnspinnerei, wobei die losen angefeuchteten Fäden mit einem Frottierwerk gerollt und gerieben werden.

(Fortsetzung folgt.)

## Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

### § 73 HGB

Hat der Prinzipal im Streitfalle die Richtigkeit des von ihm ausgestellten Zeugnisses zu beweisen? Der Kläger verlangt Abänderung des ihm ausgestellten Zeugnisses, in welchem gesagt wird, dass der Beklagte mit seinen Leistungen und seinem Betragen nicht zufrieden gewesen sei. Der Kläger bestreitet, Grund zur Unzufriedenheit gegeben zu haben. Durch Beschluss wird dem Beklagten vom Gericht aufgegeben, Beweis dafür anzutreten, dass er Grund gehabt habe, mit dem Kläger unzufrieden zu sein. (Beschluss der IV. Kammer vom 4. Juli 1912.) — Das Gericht ist also der Ansicht, dass der Prinzipal die Richtigkeit des Zeugnisses nachweisen muss, wenn sie vom Angestellten bestritten wird. Der Kom-

mentar der Reichsgerichtsrate zum BGB. bemerkt zu § 630 BGB., dass den Dienstverpflichteten die Beweislast treffe.

### § 70 HGB.

Verlust des Gehaltsanspruchs nach sofortiger Entlassung. Dem Kläger wurde abends bei Geschäftsschluss erklärt, er sei entlassen. Er protestierte dagegen und sagte, er komme am nächsten Tage wieder. Er tat dies aber nicht. Der Beklagte hat ihn erwartet. Der Kläger erhebt Gehaltsansprüche wegen ungerechtfertigter Entlassung. Das Gericht weist ab: Der Kläger sei zwar entlassen worden, habe aber erklärt, am nächsten Tage wiederzukommen. Da er das nicht getan habe, habe er nach den Umständen keinen Anspruch. (Urteil der IV. Kammer vom 4. Juli 1912.)

# Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des *Plutus* behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Verein- sendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des *Plutus* Verlages zu beziehen.)

## Die Verkehrsaufgaben des Verbandes Gross-Berlin.

Vortrag, gehalten zum Schinkelfest des Architekten- Vereins zu Berlin, den 13. März 1911. Von Richard Petersen. Berlin 1911, Carl Heymanns Verlag.

## Frauen-Stimmrecht.

Monatshefte des deutschen Ver- bandes für Frauenstimmrecht. Herausgeb. Dr. Anita Augspurg. Preis vierteljährlich 1 *M.*, Einzelheft 40 Pf. Heft 1 und 2. Verlag von Ernst Reinhardt in München.

Weckruf zum Frauenstimmrecht. Von Dr. Anita Augspurg. — Sind das noch Damen? Von Dr. Käthe Schirmacher. — Christabel Pankhurst. Von Dr. G. Dehning. — Die Frau gehört ins Haus. Von Friedr. Voss. — Erziehung und Frauenstimmrecht. Von Rosika Schwimmer. — Der Züricher Frauenstimmrechtsverein. — Rundschau.

## Die Quelle der Gesundheit.

Im Einfamilienhaus für jede Familie eine Stätte des Glücks und des Wohl- befindens. Von Prof. A. Baumgart. Mit zahlreichen Abbildungen. Preis 1 *M.* Wiesbaden, Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H.

Wohnung und Gesundheit. — Die Mängel der Miet- wohnung und ihre Gefahren für die Bewohner. — Das Einfamilienhaus und seine Bedeutung für die Gesundheit der heutigen Generation.

## Wie man sein Geld vermehrt: Geld, Geldanlage und Geldverkehr.

Ein Ratgeber für Privatleute, die ihre Kapitalien nutzbringend und auch sicher anlegen wollen. Von P. Ch. Martens. Preis brosch. 1,80 *M.* Wies- baden, Verlagsanstalt Emil Albigt.

Zur Bekämpfung der Bucket-shops. — Vom Gelde. — Die Geldanlage. — Der Geldverkehr. — Vermittler des Geldverkehrs. — Der Geldverkehr selbst. — Der Gev innbezug. — Die Kontrolle. — Kuzszzettel und Bilanzen.

## Praktische Anleitung zur amerikanischen Buch- führung mit zahlreichen Beispielen und Bücher- abschluss.

Von Max Lustig, kaufmänn. Sachver- ständiger. Preis brosch. 1,50 *M.* Frankfurt a. M., Verlag M. Vogel, Geschäftsbücherfabrik.

## Deutscher Geschichtskalender für 1912.

Erstes Heft. Januar. Preis 1 *M.* Leipzig, Verlag von Felix Meiner.

Der Kaiser. — Bundesrat. — Die Reichstagswahlen 1912. — Das Deutsche Reich und Preussen. — 6. Tagung des einundzwanzigsten preussischen Landtags. — Die übrigen deutschen Bundesstaaten. — Ausland. — Handel und Verkehr. — Verschiedenes. — Totenliste.

## Die Unternehmungsformen.

Von Professor Lief- mann. Preis br. 2,50, gebd. 3,50 *M.* Verlag: Ernst Heinrich Moritz, Stuttgart.

Von der Hauswirtschaft zur Unternehmung. — Das Wesen der Unternehmung. — Grosse und kleine Betriebe und Unternehmungen. — Die Unternehmung als selbständige Erwerbswirtschaft. — Einzelunternehmungen und Gesell- schaftunternehmungen. — Die Umgestaltung des Tausch- verkehrs durch die Unternehmung. — Neuere Entwicklung- tendenzen der Unternehmung. — Anmerkungen zu Kapitel I. — Die Gesellschaftunternehmungen. — Die Entwicklung der Handelsgesellschaften. — Das Effektenwesen. — Die Organisation der Kapitalgesellschaften. — Volkswirtschaft- liche Bedeutung der Kapitalgesellschaften. — Die Grün- dung der Kapitalgesellschaften. — Die Kapitalgesellschaften und die Börse. — Neuere Entwicklungstendenzen der Kapital- gesellschaften. — Wirtschaftspolitische Aufgaben gegenüber den Kapitalgesellschaften. — Anmerkungen zu Kapitel II. — Die Genossenschaften. — Das Wesen der Genossen- schaften. — Das Genossenschaftsgesetz. — Die Arten der Genossenschaften. — Die Genossenschaften zur Förderung der Hauswirtschaft. — Genossenschaften zur Förderung der Erwerbswirtschaft. — Entwicklungstendenzen im Genossenschaftswesen. — Allgemeine Beurteilung der Genossen- schaften. — Die öffentlichen Unternehmungen. — Die Arten öffentlicher Unternehmungen. — Die Gründe für die Errichtung öffentlicher Unternehmungen. — Die Ver- waltung öffentlicher Unternehmungen. — Die Grenzen der öffentlichen Unternehmungen. —

## Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schluss- termin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

A.-G. Alfons Custodis, Regensburg, 16. 9., 13. 9., 27. 7.

Banque de Metz, Metz, 24. 8., —, 22. 7. • Baumwollspinnerei Himmelmühle bei Wiesbaden, Chemnitz, 24. 8., 20. 8., 30. 7. • Ferdinand Bendix Söhne, A.-G. für Holzbearbeitung, Landsberg a. W., 19. 8., —, 26. 7. • Braunkohlen-Industrie und Handels-Gesellschaft, Berlin, 20. 8., —, 23. 7.

„Ceres“, Korn- und Futterstoff-Handlung, A.-G., Apenrade, 16. 8., —, 31. 7. • Charlottenburger Farbwerke, A.-G., Frankfurt a. M., 24. 8., —, 29. 7. • Creditverein Dettelbach, A.-G., Dettel- bach, 24. 8., —, 29. 7.

Dampfschiffsrhederei „Union“, A.-G., Hamburg, 17. 8., 15. 8., 2. 8.

Elektrische Ueberland - Centrale Oberhausen A.-G., Freiburg i. Br., 15. 8., 12. 8., 31. 7. • Erste Deutsche Dampf-Lebertränfabrik Oscar Ney- naber & Co., A.-G., Geestemünde, 21. 8., 19. 8., 23. 7.

Finanz-Syndikat A.-G., Berlin, 22. 8., —, 31. 7. • Frankfurter Gasgesellschaft, Frankfurt a. M., 21. 8., 17. 8., 29. 7.

Galvanische Metallpapier-Fabrik A.-G., Berlin,

21. 8., 19. 8., 26. 7. • Gas- und Elektrizitäts-Werke Eberstadt, A.-G., Bremen, 24. 8., 21. 8., 27. 7.

Carl Hamel, A.-G., Schönau bei Chemnitz, Chemnitz, 20. 8., 16. 8., 28. 6. • Heegermühler Klinkerwerke, A.-G., Berlin, 21. 8., —, 29. 7. • Höchster Gasbeleuchtungs-Gesellschaft, Höchst a. M., 16. 8., 12. 8., 29. 7.

Kleinbahn-A.-G. Küstrin-Kriescht, Sonnenburg, 22. 8., 10. 8., 20. 7.

M. Lamberts & May, A.-G., M.-Gladbach, 24. 8., 19. 8., 22. 7.

Maschinenfabrik J. E. Christoph, A.-G., Niesky (O.-L.), 20. 8., 16. 8., 26. 7. • Mechanische Baum- wollspinnerei Kempton vorm. Gebr. Denzler, Kempton, 24. 8., —, 22. 7. • Müllheim-Badenweiler Eisenbahn A.-G., Badenweiler, 14. 8., 10. 8., 29. 7.

Neue Augsburger Kattunfabrik, Augsburg, 23. 8., 20. 8., 31. 7. • Norddeutsche Trikotweberei vorm. Leonhard Sprick & Co., A.-G., Berlin, 23. 8., 21. 8., 31. 7.

Porzellanfabrik Kahla, Meiningen, 15. 8., 12. 8., 27. 7.

Sektellerei Frankfurt a. M., A.-G., vorm. Gebr. Feist & Söhne, Frankfurt a. M., 24. 8., 20. 8.,

25. 7. • Söhrebahn-A.-G., Wellerode-Wald, 23. 8., —, 23. 7.  
 Schieferbergbau A.-G., Limburg a. d. Lahn, Duisburg-Ruhrort, 21. 8., —, 27. 7. • Bad Schmiedeburger Verblend- und Dachsteinwerke, A.-G., Berlin, 19. 8., 16. 8., 30. 7.  
 Strassburger Obstwein- und Sektkellerei, A.-G., Kronenburg, 19. 8., 15. 8., 29. 7.

Wesermühlen-Act.-Ges. in Hameln, Bielefeld, 19. 8., 17. 8., 1. 8. • Woldegker Actien-Zuckerfabrik, Woldegk, 7. 8., —, 31. 7. • Württemb. Cattunmanufactur, Heidenheim a. d. B., 23. 8., —, 1. 8.  
 Zuckerfabrik Glauzig, Leipzig, 21. 8., 19. 8., 2. 7. • Zuckerfabrik Göttingen, Göttingen, 15. 8., —, 30. 7.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

# Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

## Essener Credit-Anstalt in Essen-Ruhr.

Zweigniederlassungen in: Altenessen, Bocholt, Bochum, Dorsten i. W., Dortmund, Duisburg, D.-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe, Mülheim-Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Wanne, Wesel u. Witten.  
 Aktien-Kapital und Reserven Mark 95 000 000.  
 Telegramm-Adresse: Creditanstalt. 46504  
 Fernsprech-Anschluss: Essen Nr. 12, 194, 195, 491, 595, 607, 611, 612, 742 und 844.  
 Im freien Verkehr ermittelte Kurse  
 vom 6. Aug. 1913, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Ge-sucht	Ange-boten
<b>Kohlen.</b>		
Adler bei Kupferdreh . . .	4000	4150
Alte Haase . . . . .	1400	1425
Blankenburg . . . . .	2100	2150
Brassert . . . . .	12500	12870
Constantin der Gr. . . . .	49000	50500
Deutschland b. Hassl. . . . .	5425	5550
Dietsfeld . . . . .	2900	3000
Dorstfeld . . . . .	11850	12200
Eintracht Tiefbau . . . . .	—	—
Ewald . . . . .	48300	49500
Friedrich der Grosse . . . . .	26000	28000
Gottesseggen . . . . .	2625	2700
Graf Bismarck . . . . .	—	—
Graf Schwerin . . . . .	13300	13700
Heinrich . . . . .	5050	5250
Helene & Amalie . . . . .	17900	18300
Hermann I/III (3000 Kuxe) . . . . .	4450	4550
Johann Deimelsberg . . . . .	6700	6900
Königin Elisabeth . . . . .	26500	27000
König Ludwig . . . . .	30700	32000
Langenbrahm . . . . .	21400	22000
Lothringen . . . . .	28350	29200
Mont Cenis . . . . .	17700	18100
Neuessen Act. . . . .	475 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	480 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Oespel . . . . .	1950	2050
Schürb. & Charlottbg. . . . .	1675	1750
Trier (3000 Kuxe) . . . . .	6200	6300
Unser Fritz . . . . .	21500	23500
Westfalen (10 000 Kuxe) . . . . .	900	975
<b>Braunkohlen.</b>		
Bellerhammer Brk. . . . .	1700	1800
Germania . . . . .	850	900
Gute Hoffnung . . . . .	5150	5250
Humboldt . . . . .	1350	1400
Lucherberg . . . . .	2100	2200
Michel . . . . .	6600	6800
Neurath . . . . .	—	2450
Schallmauer, Braunk. . . . .	3200	3300
<b>Kali-Kuxe und -Anteile.</b>		
Alexandershall . . . . .	10300	11000
Aller Nordstern . . . . .	—	3050
Beienrode . . . . .	6700	7050
Bergmannsseggen . . . . .	7250	7350

	Ge-sucht	Ange-boten
Burbach . . . . .	14000	15000
Carlsfund . . . . .	6400	6650
Carlsglück . . . . .	1925	1975
Carlsllall . . . . .	1775	1850
Deutschland, Justenbg. . . . .	4700	4800
Einigkeit . . . . .	6200	6300
Fallersleben . . . . .	1600	1650
Felsenfest . . . . .	1700	1750
Gebra . . . . .	3350	—
Glückauf, Sondershausen . . . . .	—	21000
Grossherz. v. Sachsen . . . . .	9000	9200
Günthershall . . . . .	5000	5100
Hansa Silberberg . . . . .	6150	6350
Hedwig . . . . .	975	1025
Heiligenmühle . . . . .	1225	1275
Heiligenroda . . . . .	9650	9850
Heinboldshausen . . . . .	1050	1100
Heldrungen I . . . . .	900	975
Heldrungen II . . . . .	1225	1275
Herfa . . . . .	1275	1350
Heringen . . . . .	5500	5700
Hermann II . . . . .	1950	2050
Hohenfels . . . . .	7250	7500
Hohenzollern . . . . .	—	—
Hugo . . . . .	—	11500
Hüpstädt . . . . .	3725	3800
Immenrode . . . . .	4750	4850
Johannashall . . . . .	5000	5200
Kaiseroda . . . . .	10000	10800
Mariagluck . . . . .	1575	1625
Max . . . . .	3500	3600
Neurode . . . . .	1275	1350
Neusollstedt . . . . .	3725	3800
Neustassfurt . . . . .	11700	12500
Ransbach . . . . .	—	—
Reichenhall . . . . .	875	925
Rotheberg . . . . .	3225	3275
Sachsen-Weimar . . . . .	7800	8000
Salzmünde . . . . .	6525	6600
Siegfried I . . . . .	6650	6800
Thüringen . . . . .	—	4000
Volkenroda . . . . .	7200	7400
Walbeck . . . . .	5200	5450
Walter . . . . .	1150	1175
Wilhelmine . . . . .	1725	1775
Wilhelmshall . . . . .	10000	—
Wintershall . . . . .	20000	20500
<b>Kali-Aktien.</b>		
Adler Kaliwerke . . . . .	90 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	92 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Bismarckshall . . . . .	107 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	109 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Hattorf Vorz. . . . .	127 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	129 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Heldburg . . . . .	68 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	69 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Justus Act. . . . .	105 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	107 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Krügershall . . . . .	128 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	130 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Ludwigshall . . . . .	73 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	75 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Teutonia . . . . .	93 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	95 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>

## Londoner Börsenkurse

mitgeteilt von [4903]

# M. Marx & Co.

Gresham House, London E. C.  
 Filiale Berlin: Behrenstr. 48.

### Amerikaner.

	29. 7.	6. 8.
Atchisons . . . . .	109 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	111 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Baltimore and Ohio . . . . .	109 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	110 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
Canadian Pacific . . . . .	272 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	274 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Eric Common . . . . .	36 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	37
Missouri, Kansas and Texas . . . . .	28 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	28 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>
Southern Railway . . . . .	23 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	30
Southern Pacific . . . . .	112 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	114 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>
Union Pacific . . . . .	17 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	17 <sup>6</sup> / <sub>8</sub>
U. S. Steel Corp. . . . .	71 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	73 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Grand Trunk Ord. . . . .	28 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	28 <sup>15</sup> / <sub>16</sub>
„ 3 Pref. . . . .	55 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	56 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>

Schlusskurs vom

### Minen.

#### Südafrikaner und Rhodesier.

	32 <sup>7</sup> / <sub>32</sub>	3 <sup>2</sup> / <sub>32</sub>
Brakpan . . . . .	1 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	1 <sup>3</sup> / <sub>16</sub>
Cinderella Deep . . . . .	26 <sup>9</sup> / <sub>8</sub>	27 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>
Chartered . . . . .	2 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	3 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>
East Rand Prop. . . . .	1 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	1 <sup>15</sup> / <sub>16</sub>
Eldorado Banket . . . . .	1 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	1 <sup>3</sup> / <sub>16</sub>
Geduld . . . . .	3 <sup>15</sup> / <sub>32</sub>	1
Gen. Mining and Finance . . . . .	32 <sup>1</sup> / <sub>32</sub>	3 <sup>15</sup> / <sub>16</sub>
Gold Fields Ord. . . . .	19 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	19 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>
Johannesburg Cons. Inv. . . . .	1 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	1 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>
Kleinfontein New . . . . .	1 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	1 <sup>15</sup> / <sub>16</sub>
Langlaagte Estates . . . . .	11 <sup>3</sup> / <sub>16</sub>	11 <sup>8</sup> / <sub>16</sub>
Modderfontein . . . . .	11 <sup>6</sup> / <sub>16</sub>	11 <sup>6</sup> / <sub>16</sub>
Pigg's Peak . . . . .	1 <sup>9</sup> / <sub>16</sub>	1 <sup>11</sup> / <sub>16</sub>
Randfontein . . . . .	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	6 <sup>23</sup> / <sub>32</sub>
Rand Mines . . . . .	27 <sup>6</sup> / <sub>16</sub>	27 <sup>6</sup> / <sub>16</sub>
South West Africa . . . . .	10 <sup>6</sup> / <sub>16</sub>	10 <sup>6</sup> / <sub>16</sub>
Transvaal North . . . . .	21 <sup>7</sup> / <sub>32</sub>	2 <sup>2</sup> / <sub>32</sub>
Tanganyika Cons. . . . .	2 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	2 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>
Witwatersrand Deep . . . . .	8 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	8 <sup>2</sup> / <sub>16</sub>

### Diamant, Kupfer u. andere.

	81 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	84 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>
Amalgamated Copper . . . . .	8 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	8 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>
Anacondas . . . . .	51 <sup>6</sup> / <sub>16</sub>	51 <sup>6</sup> / <sub>16</sub>
Broken Hill Props . . . . .	17 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	19 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>
De Beers Def. . . . .	11 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	11 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Esperanza . . . . .	21 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	2 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>
Golden Horseshoe . . . . .	2 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	2 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>
Mount Lyell Mining . . . . .	10 <sup>1</sup> / <sub>10</sub>	2 <sup>0</sup> / <sub>10</sub>
Mount Lyell Cons. Wallaroo . . . . .	9 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	10 <sup>8</sup> / <sub>16</sub>
10/-, 9,6 pd. . . . .	78 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	78 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Premier Def. . . . .	—	—
Rio Tinto . . . . .	—	—

### Zinn-Werte.

	1 <sup>3</sup> / <sub>16</sub>	1 <sup>3</sup> / <sub>16</sub>
Anglo Continental . . . . .	1 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	1 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>
Bisichi Tin . . . . .	1 <sup>9</sup> / <sub>16</sub>	1 <sup>11</sup> / <sub>16</sub>
Nigerian Tin Corp. . . . .	1 <sup>3</sup> / <sub>16</sub>	1 <sup>3</sup> / <sub>16</sub>
Rayfield New . . . . .	1 <sup>0</sup> / <sub>16</sub>	1 <sup>0</sup> / <sub>16</sub>
Temma Tin . . . . .	—	—

### Fremde Werte.

	74 <sup>7</sup> / <sub>16</sub>	74 <sup>8</sup> / <sub>16</sub>
Engl. Consols 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> % . . . . .	85 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	85 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Brazilianer 1889 . . . . .	50	50
Colombier 1896 . . . . .	87 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	87 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>
Japaner 1905 4% . . . . .	101	101 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Mexikaner 5% . . . . .	10	9 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>
Peru Ord. . . . .	45 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	45 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Peru Prefrs. . . . .	69 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	69 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
Prov. of Buenos Aires 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> % . . . . .	—	—

Minen bei regerem Geschäft gefragt, Amerikaner weiter fest, besonders Canadian Pacifics favorisiert.